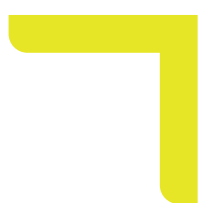




HALBJAHRESFINANZBERICHT
1. HALBJAHR



2017

Landesbank Saar (SaarLB)

Landesbank Saar
Ursulinenstraße 2
66111 Saarbrücken
HRA 8589 Saarbrücken

INHALT

HGB-Lagebericht der SaarLB für das 1. Halbjahr 2017	7
Übersicht	7
Die SaarLB.....	7
Wirtschaftliche Rahmenbedingungen	11
Finanzsektor	12
Geschäftsverlauf	14
Ertragslage	14
Finanzlage	17
Institutsrating	20
Vermögenslage.....	21
Risikobericht	22
Grundlagen der Risikosteuerung und -überwachung.....	22
Kapitalmanagement	22
Adressenrisiko (Kreditrisiko)	27
Marktpreisrisiko	32
Liquiditätsrisiko	34
Operationelles Risiko	36
Reputationsrisiko.....	40
Strategisches Risiko/Geschäftsrisiko	41
Zusammenfassung der Risikolage	41
Prognose- und Chancenbericht	42
Erwartete wirtschaftliche Rahmenbedingungen	42
Prognose zur Ertragslage der Bank	44
Prognose zur Entwicklung der Geschäftssegmente.....	44
Erwartete Kapital- und Risikopositionen.....	45
Prognose und Chancen aus regulatorischen Verfahren	46
Gesamtaussage zum Halbjahresabschluss.....	47



Halbjahresabschluss der SaarLB	48
Verkürzte Bilanz zum 30.06.2017 der Landesbank Saar	50
Verkürzte Gewinn- und Verlustrechnung der Landesbank Saar für die Zeit	
vom 1. Januar bis 30. Juni 2017	56
Verkürzter Anhang	59
Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.....	59
(1) Grundlagen	59
(2) Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.....	60
Angaben zur Bilanz	61
(3) Aktiva	62
(4) Passiva	63
(5) Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung	63
Sonstige Angaben	64
(6) Gewinnverwendung.....	64
(7) Angaben nach § 28 PfandBG.....	64
(8) Nachtragsbericht	64
(9) Zahl der Beschäftigten.....	64
(10) Verwaltungsorgane der SaarLB.....	65
Versicherung der gesetzlichen Vertreter	66
Bescheinigung nach prüferischer Durchsicht	67
Abkürzungsverzeichnis.....	68



HGB-Lagebericht der SaarLB für das 1. Halbjahr 2017

ÜBERSICHT

DIE SAARLB

Die Landesbank Saar (im Folgenden „SaarLB“ genannt) ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Saarbrücken. Die Trägerstruktur der SaarLB stellt sich zum 30.06.2017 wie folgt dar:

Saarland:	74,90 %
Sparkassenverband Saar, Saarbrücken:	25,10 %

Die Geschäftsfelder der SaarLB umfassen im Wesentlichen die Schwerpunkte Firmenkundengeschäft, Immobiliengeschäft, Projektfinanzierungen, insbesondere im Bereich Erneuerbare Energien („EE“), Betreuung von institutionellen Kunden, der öffentlichen Hand (Kommunen und kommunalnahe Unternehmen), von Privatkunden (u. a. Wealth Management) sowie von Sparkassen im Verbundgeschäft.

Die zur SaarLB gehörende Landesbausparkasse Saar (LBS) finanziert im Rahmen des Bausparegeschäftes überwiegend privat genutzte Immobilien.

Aufgrund ihrer Historie und ihrer Eigentümerstruktur ist die SaarLB Bestandteil der Sparkassen-Finanzgruppe. Die SaarLB ist Zentralbank der saarländischen Sparkassen und übt die Hausbankfunktion für das Saarland aus.

Zielmärkte sind das Saarland, die angrenzenden Regionen in Südwestdeutschland sowie Frankreich und Luxemburg. Für einzelne Geschäftsaktivitäten können Abweichungen bzw. Ergänzungen bezüglich des definierten Zielmarktes gelten.

Die SaarLB verfügt auf der Grundlage ihres Geschäftsmodells als deutsch-französische Regionalbank über segmentspezifische Zielkundengruppen. Die Kriterien für Zielkunden und Zielgeschäft werden in Teilstrategien auf Ebene der Geschäftsaktivitäten definiert.

Das Geschäftsmodell der Bank ist geprägt von der Vergabe langfristiger Kredite. Produktseitig konzentriert sich die SaarLB in erster Linie auf marktgängige und bedarfsgerechte Produkte. Komplexe und hoch spezialisierte Produkte und Dienstleistungen werden überwiegend über Kooperationspartner dargestellt.

Die SaarLB ist das größte Kreditinstitut mit Sitz im Saarland und fühlt sich der Region in besonderem Maße verbunden und verpflichtet. Die SaarLB ist regional verwurzelt und fördert u. a. die regionale Wissenschaft und Forschung sowie kulturelle Angebote. Dies kommt auch durch umfangreiche Dauerleihgaben an das Saarlandmuseum zum Ausdruck.

Für das französische Geschäft bestehen eine Zweigniederlassung in Straßburg, die unter dem Namen SaarLB France firmiert, sowie ein Vertriebsbüro in Paris.

Im Geschäftsjahr 2016 wurde vom Vorstand das Strategie- und Strukturprojekt SaarLB2020 mit externer Begleitung beschlossen und initiiert. Dieses Projekt hat die langfristige Sicherstellung der Ertragskraft der Bank im Fokus. Die Bedienung der Dividendenerwartung sowie eine auch unter steigenden aufsichtsrechtlichen Auflagen und Anforderungen ausreichende Gewinnthesaurierung zur Stabilisierung der Kapitalstruktur sind die wesentlichen

Rahmenbedingungen des Projektes. Das Projekt ist im zweiten Halbjahr 2016 gestartet. Identifizierte Potenziale werden sukzessive mit entsprechenden Maßnahmen unterlegt, gemäß aktuellem Projektstand erscheinen die Potenziale als realisierbar. Das Projekt wird voraussichtlich bis Ende 2018 laufen.

Die SaarLB hat ihr Geschäft in mehrere Segmente untergliedert, die im Wesentlichen auch die Aufbauorganisation widerspiegeln. Im Vergleich zum Jahresabschluss 2016 ergaben sich zum 30.06.2017 keine Änderungen. Inwieweit das bereits erwähnte Strategie- und Strukturprojekt SaarLB2020 Auswirkungen auf die Segmentstruktur haben wird, werden die kommenden Monate zeigen.

Die Geschäftstätigkeit umfasst die folgenden 7 Segmente:

Firmenkunden

Das Segment Firmenkunden umfasst das gesamte Mittelstandsgeschäft der SaarLB in seinen Zielmärkten. Hierzu zählen in Deutschland das Saarland, Rheinland-Pfalz und angrenzende Regionen. In Frankreich konzentriert sich die SaarLB mit dem Firmenkundengeschäft auf den Grand Est und hier insbesondere auf das benachbarte Elsass-Lothringen, wo die Bank mit ihrer Niederlassung in Straßburg vertreten ist.

Im Segment Firmenkunden werden neben der klassischen Kreditfinanzierung vor allem Produkte des Anlage- sowie des Zins- und Währungsmanagements, aber auch aus den Bereichen Außenhandel und Zahlungsverkehr angeboten und die Kunden bei der Unternehmensfinanzierung betriebswirtschaftlich beraten. Ein wichtiges Geschäftsfeld in Frankreich ist darüber hinaus die Kreditvergabe an die öffentliche Hand (Kommunen und kommunalnahe Unternehmen).

Immobilien

Das Segment Immobilien umfasst die Finanzierung gewerblicher Immobilien. Die geschäftlichen Aktivitäten beschränken sich auf die Zielmärkte der SaarLB. Geschäftsabschlüsse erfolgen auf bilateraler Basis oder in der Form von Club Deals unter Federführung der Bank. Im Fokus der Marktbearbeitung, die in Frankreich im Wesentlichen aus dem der SaarLB France angegliederten Centre d’Affaires Paris erfolgt, stehen institutionelle Investoren als Zielkunden, die ihrerseits primär in Büro- oder Handelsimmobilien investieren. Im deutschen Zielmarkt begleitet die SaarLB als Dienstleister auch Developer-Maßnahmen sowie Public Private Partnership (PPP)-Maßnahmen für Investitionen in Infrastruktur, Bildung oder sonstige öffentliche Baumaßnahmen. Der regionale Fokus des Geschäftssegmentes Immobilien liegt auf der deutschen Seite im Großraum Rhein-Main und in Frankreich im Ballungsraum Île-de-France.

Projektfinanzierungen

Das Segment Projektfinanzierungen beinhaltet in der SaarLB die Finanzierung von Projekten primär im Sektor Erneuerbarer Energien (EE), aber auch im Bereich PPP auf dem französischen Markt. Im EE-Sektor begleitet die SaarLB als Finanzdienstleister mittelständische Projektinitiatoren und Hersteller, die in Wind- und/oder Solarparks investieren. Viele Kunden des Geschäftssegmentes werden grenzüberschreitend betreut. Hierbei werden Kunden auf der deutschen Seite regional mit Fokus auf den Südwesten (Saarland, Rheinland-Pfalz mit angrenzenden Regionen) sowie auf der französischen Seite landesweit betreut. Offshorewindparks finanziert die Bank nicht.

Private und Institutionelle

In dem Segment Private und Institutionelle erfolgt die ganzheitliche Vermögensberatung und -verwaltung sowie der Vertrieb von Geld- und Kapitalmarktprodukten. Der Schwerpunkt des Geschäftsfeldes Institutionelle liegt in der Sicherstellung der Refinanzierung der SaarLB, der Intensivierung bestehender Kundenverbindungen sowie im Ausbau der Kontakte und Geschäftsbeziehungen zu Versicherungen und Versorgungswerken, Regionalbanken und Sparkassen. Im Saarland und in Rheinland-Pfalz erfolgt die Marktbearbeitung zusammen mit der Verbundbank. Im Geschäftsfeld vermögende Private steht die ganzheitliche Betreuung und Beratung von vermögenden Privatkunden im Vordergrund. Gleichzeitig werden die Firmen- und Immobilienkunden der SaarLB in allen Fragen des Anlagemanagements beraten.

Kommunalbank

Innerhalb der Kommunalbank werden sowohl klassische deutsche Kommunalkunden als auch deutsche kommunalnahe Unternehmen betreut. Klassische Kommunalkunden sind Städte, Gemeinden, Gemeindeverbände, Landkreise, kommunale Zweckverbände, Wasser- und Bodenverbände und kommunale Eigengesellschaften in öffentlich-rechtlicher Rechtsform im deutschen Zielmarkt der SaarLB. Voraussetzung für die Betreuung von kommunalnahen Unternehmen durch die SaarLB ist, dass diese eine öffentliche Trägerschaft von mindestens 50 % besitzen. Der ganzheitliche Ansatz umfasst hierbei insbesondere das Bereitstellen von Liquidität, die Betreuung im Schuldenportfoliomanagement und das Arrangieren von kommunalen Schuldscheindarlehen. Dabei arbeitet die SaarLB eng mit den ansässigen Sparkassen zusammen.

Verbundbank

Im Segment Verbundbank enthalten sind die saarländischen und rheinland-pfälzischen Sparkassen sowie die Landesbausparkasse Saar (LBS). Die Verbundbank ist als Relationship-Center organisiert und fungiert als solches insbesondere für die saarländischen Sparkassen als primärer Ansprechpartner und Dienstleistungsadresse. In Zusammenarbeit mit den jeweiligen Spezialisten der Fachbereiche der SaarLB bietet die Verbundbank Konsortialfinanzierungen, Syndizierungen und Eigenanlagen sowie eine Ergänzung der Produktpalette für die Kunden der Sparkassen.

Die LBS, eine rechtlich unselbstständige Einheit der SaarLB, ist als Bestandteil der Sparkassen-Finanzgruppe Saar gemeinsam mit ihren Tochterunternehmen Dienstleistungs- und Kompetenzzentrum „rund um die Immobilie“. Kernleistungen sind das Bausparen sowie die Finanzierung von Wohnimmobilien. Ein weiterer geschäftspolitischer Fokus liegt auf der Finanzierung von energetischen Maßnahmen bei überwiegend privat genutzten Immobilien sowie Investitionen im Rahmen des Gesetzes für den Ausbau erneuerbarer Energien wie beispielsweise Fotovoltaikanlagen.

Treasury & Portfoliomanagement

Das Treasury ist für die Steuerung des Zinsbuchs der Bank, das Deckungsstock- und Collateral Management sowie die Liquiditätssteuerung und -bepreisung zuständig. Dem Portfoliomanagement obliegen die Steuerung der Liquiditäts- und Sicherheitendepots und die Betreuung der strategischen Eigenanlagen der Bank (Direktanlagen und Spezialfonds).

Steuerungssystem der Bank

Seit Jahresende 2016 stellt die SaarLB keinen Konzernabschluss nach IFRS, sondern nur noch einen Jahresabschluss nach HGB auf. Dementsprechend wurden auch die Steuerungskennzahlen der Bank zum Jahresende 2016 auf HGB-Zielgrößen angepasst. Die Grunddefinition der Steuerungskennzahlen wurde beibehalten.

Die strategische Steuerung der SaarLB erfolgt – in Anlehnung an die Geschäftsstrategie auf Gesamtbank- sowie auf Segmentebene – durch die nachfolgenden finanziellen Leistungsindikatoren:

Steuerungsgröße	Definition (HGB)
Return on Equity (RoE)	Ergebnis vor Steuern (ohne Zinsaufwendungen auf Instrumente des Kernkapitals und vor Zuführung zu bzw. Auflösung von Vorsorgereserven nach HGB § 340f und § 340g) im Verhältnis zum regulatorisch abgeleiteten Eigenkapital (Kernkapital)
Cost Income Ratio (CIR)	Verwaltungsaufwendungen im Verhältnis zur Summe der Bruttoerträge. Die Bruttoerträge sind definiert als die Summe aus dem Zinsüberschuss (ohne Zinsaufwendungen auf Instrumente des Kernkapitals), dem Provisionsüberschuss, dem Nettoergebnis des Handelsbestandes, zzgl. dem sonstigen betrieblichen Ergebnis und dem außerordentlichen Ergebnis.
RWA-Rentabilität	Bei dieser Kennzahl wird die Summe aus Zins-, Provisionsüberschuss, sonstigem betrieblichen Ergebnis und dem außerordentlichen Ergebnis in Relation zu den durchschnittlichen Risikopositionen dargestellt.

Aufgrund des Wegfalls des IFRS-Abschlusses werden im Abschnitt Ertragslage nur noch die HGB-Steuerungskennzahlen ausgewiesen. Zur Vergleichbarkeit erfolgte eine entsprechende Anpassung der Vorjahreszahlen.

Am 19. April 2017 ist das CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz in Kraft getreten. Gegenstand ist die Offenlegung von nicht finanziellen Informationen bzw. bestimmten Nachhaltigkeitsthemen (sog. nicht finanzielle Erklärungen gemäß § 289c HGB), die zukünftig den Lagebericht ergänzen.

Die SaarLB hat bereits in der Vergangenheit Konzepte zur nachhaltigen Unternehmensführung erarbeitet und einen Bericht hierüber auf ihrer Homepage veröffentlicht. Im zweiten Halbjahr erfolgt ein Abgleich mit den Anforderungen aus § 289c HGB.

Die nicht finanzielle Erklärung wird dann erstmals zum Berichtsstichtag 31.12.2017 veröffentlicht.

WIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

Deutschland

In **Deutschland** legte nach Angaben des Statistischen Bundesamtes das Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal 2017 preis-, saison-, und kalenderbereinigt um 0,6 % gegenüber dem Vorquartal zu. Somit ist die deutsche Wirtschaft im ersten Quartal 2017 etwas stärker gewachsen als im gedämpften dritten (BIP-Wachstum 0,2 %) und soliden vierten Quartal 2016 (0,4 %). Getragen wurde das Wachstum durch positive Impulse aus dem In- und Ausland. Überdurchschnittlich hoch war die Steigerung bei den Investitionen und hier insbesondere bei den Ausrüstungen (1,2 % im Vergleich zum Vorquartal). Während die Bauinvestitionen um 2,3 % im Vergleich zum Vorquartal stiegen, wuchsen die Konsumausgaben der privaten Haushalte um 0,3 % und die staatlichen Konsumausgaben um 0,4 %. Die Zahl der Erwerbstätigen lag mit 43,7 Millionen um 1,5 % über dem Vorjahr. Die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität hingegen ist nach vorläufigen Berechnungen um 0,3 % gesunken.

Laut einer Pressemitteilung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie konnte die deutsche Wirtschaft auch im zweiten Quartal 2017 ihren Aufschwung fortsetzen. Für das zweite Quartal 2017 wird eine Zuwachsrate beim Bruttoinlandsprodukt von 0,5 % prognostiziert. Getragen wurde das Wachstum im Wesentlichen von den Investitionen, aber auch von den privaten und staatlichen Konsumausgaben. Durch eine leichte weltwirtschaftliche Belebung kam es zu zusätzlichen Wachstumsimpulsen. Der Arbeitsmarkt entwickelte sich erfreulich, die Erwerbstätigkeit nahm weiter zu. Der Ausblick am Arbeitsmarkt ist weiterhin positiv, da die Frühindikatoren auf eine hohe Nachfrage hindeuten.

Die Verbraucherpreise in Deutschland lagen im Juni 2017 um 1,6 % höher als im Juni 2016. Damit zog die Inflationsrate – gemessen am Verbraucherpreisindex – wieder leicht an, nachdem sie im Mai 2017 auf 1,5 % gesunken war (April 2017: 2,0 %).

Im Saarland wird für das Gesamtjahr ein Wachstum von 1,5 % erwartet. Die Industrie profitiert zur Jahresmitte 2017 von einem Aufschwung in Europa, welcher die exportorientierte Saarindustrie positiv beeinflusst. Daneben stützt die robuste Entwicklung der Binnenkonjunktur. In Rheinland-Pfalz lag das Wachstum im ersten Quartal 2017 bei 0,7 % (Vorquartalsvergleich) und wurde vom produzierenden Gewerbe getragen.

Windenergie, ein Finanzierungsschwerpunkt der SaarLB, produzierte im ersten Halbjahr 2017 ca. 48,6 TWh und lag um 7,6 TWh über der Produktion im ersten Halbjahr 2016. Bei Fotovoltaikanlagen hat sich die Produktion im Vorjahresvergleich um 10,1 % auf 21 TWh erhöht.

Frankreich

Gemäß dem Statistikinstitut Insee hat das Bruttoinlandsprodukt in **Frankreich** im ersten Quartal 2017 um 0,4 % (Vorjahresvergleich) zugelegt, was eine Verlangsamung gegenüber dem vierten Quartal 2016 bedeutet (0,5 %). Rückläufig haben sich die privaten Konsumausgaben entwickelt (0,1 % gegenüber 0,6 % im vierten Quartal), wohingegen der Aufbau von Lagerbeständen gesteigert werden konnte (1,2 % nach 0,5 % im Vorquartal). Der Außenhandel hat im ersten Quartal ebenfalls zu dem Rückgang beigetragen, während er im vierten Quartal 2016 das Wachstum noch unterstützt hat. Für das zweite Quartal wird ein Wirtschaftswachstum zwischen 0,4 % und 0,5 % erwartet. Der Preisauftrieb hat sich im Juni mit einer Inflationsrate von 0,8 % leicht abgeschwächt. Im Mai hat die Inflationsrate 0,9 % betragen.

Der Konjunkturindikator des Wirtschaftsbeirates CESER weist für die **Region Grand Est** 105,6 Punkte aus. Dies ist der höchste Wert, der seit Juli 2008 gemessen wurde, und belegt den wirtschaftlichen Aufschwung.

Laut der Studie Panorama für Strom, die u. a. vom französischen Verband für erneuerbare Energien (Syndicat des Énergies Renouvelables) herausgegeben wird, haben die erneuerbaren Energien im ersten Quartal 2017 rund 18 % des französischen Stromverbrauchs gedeckt. Die installierte Gesamtleistung aller Windenergieanlagen betrug zum 31.03.2017 demnach 12.141 MW, die Gesamtleistung der angeschlossenen Fotovoltaikanlagen 6.853 MW.

FINANZSEKTOR

Das anhaltende Niedrigzinsumfeld sowie die zunehmende Regulatorik stellen das deutsche Finanzsystem auch zur Jahresmitte 2017 vor weitere Herausforderungen. Gemäß einer Studie der Deutschen Bundesbank hat sich die Konsolidierung im deutschen Bankensektor im ersten Halbjahr 2017 weiter beschleunigt, was als Zeichen dafür gesehen wird, dass der Druck durch Wettbewerb und Niedrigzinsumfeld weiterhin hoch ist.

In der Juni-Sitzung hat der EZB-Rat beschlossen, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,00 %, 0,25 % bzw. -0,40 % zu belassen. Ankäufe im Rahmen des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (Asset Purchase Programme, APP) werden seit April 2017 bis Jahresende 2017 in einem Umfang von EUR 60 Mrd. pro Monat getätigt. Experten erwarten, dass die EZB bei einem weiterhin günstigen Konjunkturverlauf im Herbst über ein Abschmelzen der Käufe nach dem Jahresende entscheiden wird. Die Anzeichen für eine nachhaltige Steigerung der Inflationsrate sind verhalten, der EZB-Rat geht aber davon aus, dass die Inflationsrate zunimmt. Es wird eine Rate von knapp unter 2 % als Idealwert für die Wirtschaft angestrebt. Im Juni 2017 sind die Verbraucherpreise gemäß der Europäischen Statistikbehörde Eurostat lediglich um 1,3 % gestiegen.

Die Länder der EU wollen nach einem Beschluss der EU-Finanzminister vom Juli 2017 mit einem Aktionsplan gegen das Problem Not leidender Kredite vorgehen. In Italien wurde Ende Juni 2017 eine Lösung für die ausfallgefährdeten Banken Veneto Banca und Banca Popolare di Vicenza gefunden. Der italienische Staat kommt mit Direkthilfen in Höhe von EUR 4,8 Mrd. und Garantien in Höhe von bis zu EUR 12,0 Mrd. für die Abwicklung der unterliegenden Problemerkredite auf.

Die Entwicklung am **deutschen Aktienmarkt** hat bis in den Juni hinein neue Höchststände verzeichnen können. Die Entwicklung wird gestützt von der guten Konjunktorentwicklung, viele Risiken sind zu Beginn des Jahres überschätzt worden. Insgesamt betrachtet ist der DAX im ersten Halbjahr 2017 um rund 7 % gestiegen und schloss bei 12.325 Zählern. Bis Jahresende wird ein weiteres moderates Wachstum erwartet.

Das Emissionsvolumen von festverzinslichen Anleihen ist im zweiten Quartal im gedeckten Bereich um 34 % gegenüber dem Vorquartal gesunken, da die Banken sich stark am Refinanzierungsgeschäft der EZB beteiligten, was die Emissionstätigkeit dämpft.

Nachdem der Euro im Jahr 2016 gegenüber dem US-Dollar abgewertet hat, konnte er im ersten Halbjahr 2017 um rund 8 % zulegen (Schlusskurs am 30.06.2017: 1,1421 EUR/USD). Gestützt wurde diese Entwicklung im Wesentlichen durch die Konjunkturdaten.

Der Schweizer Franken notierte im Berichtszeitraum innerhalb der seit gut einem Jahr ausgeprägten Handelsspanne zwischen 1,06 EUR/CHF und 1,10 EUR/CHF.

Politische Unsicherheiten, insbesondere die Brexit-Verhandlungen, belasten das Pfund. Der Schlusskurs am 30.06.2017 betrug 0,8773 EUR/GBP.

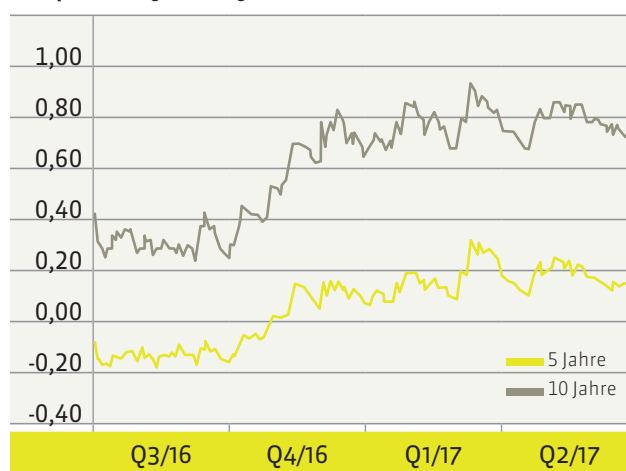
Der durchschnittliche 3-Monats-Euribor entwickelte sich im ersten Halbjahr 2017 im Vergleich zum zweiten Halbjahr 2016 relativ stabil. Der Anfangswert zu Jahresbeginn lag bei -0,3180 %, der Schlusswert bei -0,3310 % und unterschritt damit wiederum das bereits niedrige Niveau aus dem Jahr 2016. Die Entwicklung der langfristigen Zinsen zeigt ein leicht abweichendes Bild. Diese konnten sich bis Mitte des Jahres etwas erholen, im zweiten Halbjahr 2017 wird mit einem moderaten Anstieg gerechnet.

3-Monats-Euribor Q3/16 – Q2/17 in %



Quelle: Deutsche Bundesbank

Swap-Sätze Q3/16 – Q2/17 in %



Quelle: Bloomberg

Auch im ersten Halbjahr 2017 musste sich der Finanzsektor der Herausforderung stellen, die aus strukturellen Veränderungen im Finanzsystem resultierten. Eine wesentliche Rolle spielten hierbei die regulatorischen Anforderungen.

Der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht konnte die Abschlussarbeiten von Basel III („Basel IV“) weiterhin nicht beenden. Fraglich ist insbesondere, wie weit Banken die Risiken in ihren Bilanzen mit eigenen Modellen bewerten dürfen. Europas Banken befürchten, dass der Eigenkapitalbedarf stark steigen könnte, und sind daher daran interessiert, dass der Kapitalbedarf, der nach internen Modellen errechnet wird, stark vom Kapitalbedarf, der nach Standardmodellen bestimmt wurde, abweichen darf. Die USA hingegen wollen die modellbasierte Ermittlung der Eigenkapitalanforderungen weitgehend verbieten und sind daher an einer möglichst geringen zulässigen Abweichung interessiert.

Im ersten Halbjahr 2017 haben der Deutsche Bundestag und der Bundesrat das Zweite Finanzmarktnovellierungsgesetz zur Umsetzung von MiFID II / MiFIR verabschiedet bzw. gebilligt. Das Bundesministerium für Finanzen hat im Mai den Verbänden die Referentenentwürfe der überarbeiteten Wertpapierdienstleistungs-Verhaltens- und Organisationsverordnung und der Dritten Verordnung zur Wertpapierhandelsanzeige- und Insiderverzeichnisverordnung zur Konsultation vorgelegt. Den Kreditinstituten erwachsen zahlreiche neue Verhaltenspflichten im Geschäftsverkehr mit ihren Kunden. So soll beispielsweise das bisherige Beratungsprotokoll in eine Geeignetheitserklärung überführt werden. Diese Erklärung muss die erbrachte Wertpapierberatung beschreiben und erläutern, wie diese auf die Präferenzen, Anlageziele und die sonstigen Merkmale des Kunden abgestimmt wurde.

GESCHÄFTSVERLAUF

Insgesamt ist das Kreditneugeschäft im ersten Halbjahr verhalten verlaufen. Neben einem herausragenden März konnten die Erwartungen an das Neugeschäft in den übrigen Monaten nicht bestätigt werden, auch wenn die Valutierungen gegen Ende des ersten Halbjahres nochmal anziehen konnten. So liegt das Neugeschäftsvolumen (inkl. Prolongationen) rund EUR 75 Mio. unter dem anteiligen Planwert und rund EUR 137 Mio. unter dem Vergleichszeitraum des Vorjahres. Neben dem geplanten Rückgang des Immobiliengeschäftes in Frankreich, welches durch die strategische Entscheidung der Bank zur Reduzierung der Geschäftstätigkeit in diesem Bereich bedingt ist, konnten auch die Segmente Firmenkunden und Projekte die gesetzten Ziele aufgrund eines schwachen Marktumfeldes innerhalb des ersten Halbjahres nicht erreichen. Auch das über der Prognose liegende Neugeschäftsvolumen im Segment Kommunalbank konnte die verhaltene Entwicklung der übrigen Segmente nicht ausgleichen. Die Kommunalbank konnte die Erwartungen um rund EUR 32 Mio. übertreffen.

Das Neugeschäft verteilte sich dabei zu rund zwei Drittel auf Deutschland (65 %) und zu rund einem Drittel auf Frankreich (35 %).

Das Frankreich-Geschäft wird mit 46 % durch das Segment Projekte bestimmt, 33 % entfallen auf Firmenkunden, die verbleibenden 21 % auf das Immobiliengeschäft.

Das deutsche Geschäft profitierte von einem sehr starken Kommunal- und kommunalnahen Geschäft, das rund 47 % des Neugeschäftes ausmacht, gefolgt vom deutschen Immobiliengeschäft mit rund 33 %. Auf die Segmente Firmenkunden und Projekte entfallen jeweils rund 10 %.

Die für das Neugeschäft inklusive der Prolongationen gesetzten Margenziele konnten im bisherigen Jahresverlauf mit einer Abweichung von 2 BP nahezu erreicht werden.

Während sich beim Passivgeschäft das Volumen weitestgehend planmäßig entwickelt, konnten unsere Margenziele insbesondere aufgrund einer verhaltenen und verzögerten Weitergabe von Negativzinsen an die Kunden nicht erreicht werden und liegen deutlich unter unseren Erwartungen.

ERTRAGSLAGE

Das Ergebnis vor Steuern liegt mit EUR 52,0 Mio. um EUR 49,3 Mio. über dem Ergebnis des Vergleichszeitraumes 2016 (EUR 2,7 Mio.). Insbesondere die belastenden Faktoren aus dem verhaltenen Neugeschäft, das weiterhin niedrige Zinsniveau und der damit einhergehende Margendruck konnten durch eine erfreulich positive Entwicklung im Bereich der Provisionen und des Bewertungsergebnisses überkompensiert werden. Negative Zinsen wurden aktivisch in Höhe von EUR 2,0 Mio. (Vorjahr: EUR 3,5 Mio.) gezahlt und passivisch in Höhe von EUR 3,0 Mio. (Vorjahr: 2,2 Mio.) vereinnahmt. Der Sachaufwand wird durch die Umsetzung steigender regulatorischer Anforderungen und das Strategie- und Strukturprojekt „SaarLB2020“ belastet.

Der Return on Equity beträgt zum 30.06.2017 11,44 % und liegt damit deutlich über Vorjahresniveau (2,53 %) sowie über unserer Prognose für das Geschäftsjahr 2017.

Die Cost Income Ratio ist mit 66,19 % erwartungsgemäß leicht besser als der Vorjahreswert von 70,14 %, aber leicht über dem Prognosewert zum Jahresende. Die RWA-Rentabilität ist mit 2,11 % gegenüber dem Vorjahr (1,80 %) gestiegen und liegt knapp unter unserer Prognose für 2017.

Das Ergebnis zum 30.06.2017 setzt sich wie folgt zusammen:

in Mio. EUR		2017	2016	Δ Mio.	Δ in %
Zinsüberschuss	[1]	54,3	50,0	4,3	8,6 %
Sonderertrag Gewinnabführung	[2]	0,0	0,0	0,0	0,0 %
Provisionsüberschuss	[3]	7,6	4,5	3,1	68,9 %
Ergebnis des Handelsbestandes	[4]	0,3	0,4	-0,1	-25,0 %
Sonstiges betriebliches Ergebnis	[5]	-0,4	0,9	-1,3	< -100 %
Verwaltungsaufwand	[6]	-46,2	-45,1	-1,1	2,4 %
Bewertungsergebnis	[7]	36,6	-7,8	44,4	> 100 %
Ergebnis aus der normalen Geschäftstätigkeit	[8]	52,2	2,9	49,3	> 100 %
Außerordentliches Ergebnis	[9]	-0,2	-0,2	0,0	0,0 %
Ergebnis vor Steuern	[10]	52,0	2,7	49,3	> 100 %
Steuern	[11]	-37,7	-0,7	-37,0	< -100 %
Jahresüberschuss/fehlbetrag	[12]	14,3	2,0	12,3	> 100 %
Zinsaufwand stille Einlagen	[13]	-8,0	-8,7	0,7	-8,0 %
Kernkapital	[14]	874,5	901,1	-26,6	-3,0 %
Ø Risikoposition	[15]	5.820,0	6.145,0	-325,0	-5,3 %
RoE* ($\frac{[10]-[13]}{[14]}$)	[16]	11,44 %	2,53 %	8,90 %	
CIR ($\frac{[6]}{([1]+[2]+[3]+[4]+[5]+[9]-[13])}$)	[17]	66,19 %	70,14 %	-3,94 %	
RWA-Rentabilität ($\frac{([1]+[2]+[3]+[5]+[9])}{[15]}$)	[18]	2,11 %	1,80 %	0,31 %	

* vor Zuführung/Auflösung versteuerter Reserven

Der Zinsüberschuss der SaarLB ist im ersten Halbjahr 2017 gegenüber dem ersten Halbjahr des Vorjahres um EUR 4,3 Mio. von EUR 50,0 Mio. auf EUR 54,3 Mio. gestiegen, liegt jedoch unter unseren Erwartungen. Der Anstieg entspricht einer Veränderung von 8,6 %. Hierbei wurde der leichte Rückgang der Zinserträge von EUR 133,9 Mio. auf EUR 133,2 Mio. (entspricht -0,5 %) durch einen Rückgang der Zinsaufwendungen von EUR 89,9 Mio. im ersten Geschäftshalbjahr 2016 auf EUR 81,7 Mio. (entspricht -9,1 %) überkompensiert. Geprägt ist der Zinsüberschuss durch das weiter gesunkene, teils deutlich negative Zinsniveau und damit verbunden hohen Minderaufwendungen aus der Refinanzierung insbesondere mit Kreditinstituten. Des Weiteren sind im Zinsergebnis periodenfremde Erträge von EUR 2,0 Mio. (Vorjahr: Nettoaufwand EUR -2,2 Mio.) enthalten.

Die Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften liegen mit EUR 121,3 Mio. EUR 2,2 Mio. höher als im Vorjahresvergleichszeitraum. Dies entspricht einer Erhöhung von rund 1,8 %. In höherem Maße haben sich die absoluten Zinsaufwendungen aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden mit EUR 51,5 Mio. um EUR 5,8 Mio. bzw. um 10,1 % verringert.

Rund die Hälfte des Zinsergebnisses aus den Kundensegmenten entfällt auf die Segmente Firmenkunden und Projekte, 40 % auf die Segmente Immobilien und Verbundbank. Im Segment Private und Institutionelle, das primär Passivprodukte vertreibt, werden ca. 10 % des Zinsergebnisses erwirtschaftet.

Die Zinsaufwendungen für Stille Einlagen, Nachrangkapital und Genussrechtskapital liegen aufgrund entsprechender Fälligkeiten mit EUR 8,0 Mio. in 2017 unter Vorjahresniveau (EUR 8,7 Mio.).

Die Erträge und Aufwendungen aus vorzeitig gekündigten Geschäften (Vorfälligkeitsentschädigungen) erreichten im ersten Halbjahr 2017 einen Saldo in Höhe von EUR 2,2 Mio. (Vorjahr: EUR 2,3 Mio.).

Der Provisionsüberschuss liegt mit EUR 7,6 Mio. deutlich über dem Vorjahresniveau (EUR 4,5 Mio.). Damit entspricht der Provisionsüberschuss unserer letztjährigen Prognose. Neben dem Anstieg des Provisionsüberschusses im Kreditgeschäft, der sich von EUR 3,5 Mio. in 2016 um EUR 0,6 Mio. auf EUR 4,1 Mio. verbesserte, hatte die LBS einen deutlich geringeren Provisionsaufwand als im Vorjahr. Aufgrund neuerer Erkenntnisse wurde die Abschlussgebühr für Riester-Bausparverträge entsprechend ihrer Entstehung in vollem Umfang realisiert und damit die bisherige Systematik geändert.

In der Verteilung auf die Segmente entfällt ein Großteil der Provisionen auf die Bereiche Projektfinanzierungen sowie Private und Institutionelle (34 % bzw. 32 %), die im Vergleich zum Vorjahr und der Prognose folgend absolut einen größeren Provisionsüberschuss ausweisen konnten.

Der Provisionsüberschuss in den Bereichen Firmenkunden und Immobilien ist gegenüber dem letzten Jahr rückläufig.

Das Ergebnis des Handelsbestandes beträgt im Berichtszeitraum EUR 0,3 Mio. und liegt damit etwa auf Vorjahresniveau (EUR 0,4 Mio.).

Das sonstige betriebliche Ergebnis liegt bei EUR -0,4 Mio. und somit um EUR 1,3 Mio. schlechter als im Vorjahr, was im Wesentlichen auf einen positiven Sondereffekt im Zusammenhang mit der Umstellung des verwendeten Durchschnittszinssatzes für die Bildung der Pensionsrückstellungen im Vorjahr zurückzuführen ist.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind dabei im Vergleich zum Vorjahr von EUR 1,9 Mio. auf nunmehr EUR 1,7 Mio. gesunken. Sie beinhalten im Wesentlichen die Erträge aus FX-Geschäft in Höhe von EUR 1,0 Mio. (Vorjahr: EUR 0,6 Mio.).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind im ersten Halbjahr 2017 mit EUR -2,0 Mio. um EUR 0,9 Mio. höher als im Vorjahresvergleichszeitraum (EUR -1,1 Mio.). Darin enthalten sind Aufwendungen aus der Bildung von Rückstellungen in Höhe von EUR -1,3 Mio. (Vorjahr: EUR 0 Mio.) und Aufwendungen aus Währungsumrechnung in Höhe von EUR -0,6 Mio. (Vorjahr: EUR -0,8 Mio.) sowie sonstige Aufwendungen in Höhe von EUR -0,2 Mio. (Vorjahr: EUR -0,3 Mio.).

Der Verwaltungsaufwand inkl. Abschreibungen auf Sachanlagen und andere immaterielle Vermögensgegenstände hat sich von EUR -45,1 Mio. im Vorjahresvergleichszeitraum auf EUR -46,2 Mio. zum 30.06.2017 erhöht. Der Personalaufwand ist gegenüber dem ersten Halbjahr 2016 (EUR -22,5 Mio.) mit EUR -21,3 Mio. wie erwartet leicht rückläufig, jedoch leicht höher als der anteilige Erwartungswert für das Gesamtjahr. Die anderen Verwaltungsaufwendungen hingegen liegen mit EUR -24,1 Mio. um EUR 2,3 Mio. über dem Vorjahresniveau von EUR -21,8 Mio. und damit ebenfalls leicht höher als erwartet. Wesentlicher Treiber sind dabei das Strategie- und Strukturprojekt „SaarLB2020“, weitere Aufwendungen für DV-Kosten und Beratung im Zusammenhang mit der Anpassung des Informationsrisiko- und Notfallmanagementsystems sowie zur Datensicherheit beim Einsatz individueller Datenverarbeitung. Die europäische

Bankenabgabe, die ebenfalls einen wesentlichen Bestandteil des anderen Verwaltungsaufwandes ausmacht, unterschritt mit EUR 3,8 Mio. den Vorjahreswert von EUR 4,3 Mio.

Die Abschreibungen auf Sachanlagen und andere immaterielle Vermögensgegenstände liegen mit EUR -0,9 Mio. auf Vorjahresniveau (EUR -0,8 Mio.).

Das Bewertungsergebnis, aus dem Kredit-, Beteiligungs- und Wertpapiergeschäft hat sich im ersten Halbjahr 2017 von EUR -7,8 Mio. auf EUR 36,6 Mio. deutlich verbessert und spiegelt damit die derzeit ungewöhnlich positive Risikolage wider. Diese ist von hohen Nettoauflösungen sowohl bei den Einzelwertberichtigungen als auch bei den Pauschalwertberichtigungen geprägt.

Im Bewertungsergebnis sind Veräußerungsgewinne aus Wertpapieren i. H. v. EUR 4,4 Mio. (Vorjahr: EUR 0,2 Mio.) und Zuschreibungen auf Spezialfonds i. H. v. EUR 3,0 Mio. (Vorjahr: Niederstwertabschreibungen EUR -4,6 Mio.) enthalten.

Darüber hinaus wurden Veräußerungsgewinne aus Beteiligungen in Höhe von EUR 1,1 Mio. (Vorjahr: EUR 2,1 Mio.) erzielt.

Nach Berücksichtigung des Steueraufwandes in Höhe von EUR -37,7 Mio. beläuft sich der Überschuss zum Halbjahr 2017 auf EUR 14,3 Mio. Der Steueraufwand umfasst neben den laufenden Steuern i. H. v. EUR -17,1 Mio. (Vorjahr: EUR -1,3 Mio.) ein latentes Steuerergebnis von EUR -3,3 Mio. (Vorjahr: EUR 0,6 Mio.). Darüber hinaus ist im Steuerergebnis noch ein einmaliger Steueraufwand in Höhe von EUR -17,3 Mio. enthalten, der sich aus einem ablehnenden Bescheid der Finanzverwaltung bezüglich der Anerkennung von aus dem Ausland übertragener Verluste im Rahmen einer Niederlassungsschließung ergibt.

Die Kapitalrendite nach § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG, berechnet als Quotient aus Jahresüberschuss nach Steuern und Bilanzsumme, beträgt im abgelaufenen Geschäftsjahr 1,0 ‰ (Vorjahr: 0,1 ‰).

FINANZLAGE

Auch in 2017 ist die Finanzlage der SaarLB unverändert gut.

Die Hypothekendeckung nach § 28 PfandBG liegt mit EUR 812 Mio. um EUR 227 Mio. deutlich über dem Vorjahreswert (31.12.2016: EUR 585 Mio.). Bei einer Erhöhung des Pfandbriefumlaufes hat die höhere Deckungsmasse dazu geführt, dass die Überdeckung in 2017 mit ca. 99 % um 50 Prozentpunkte weit über Vorjahresniveau liegt (31.12.2016: 80 %).

Die öffentliche Deckungsmasse nach § 28 PfandBG hat sich mit EUR 2.480 Mio. gegenüber dem Vorjahr weiter deutlich erhöht (31.12.2016: EUR 2.104 Mio.). Begründet ist dies durch das gute Neugeschäft im Kommunalbereich. Der Umlauf der öffentlichen Pfandbriefe folgte dem Trend und hat sich gegenüber 2016 von EUR 1.541 Mio. auf EUR 1.787 Mio. in 2017 ebenfalls deutlich erhöht. Die Überdeckung liegt mit rund 39 % zum 30.06.2017 unter Vorjahresniveau (31.12.2016: 37 %), aber dennoch weiterhin deutlich über den regulatorischen Anforderungen.

Die Situation am Kapitalmarkt ist aus Sicht der SaarLB gegenüber dem Geschäftsjahr 2016 weiterhin stabil. Mit annähernd EUR 561 Mio. (1. Halbjahr 2016: EUR 417 Mio.) liegt das platzierte Volumen im ersten Halbjahr 2017 über dem Niveau des Vorjahres. Kapitalmarkt-Funding erfolgte, wie in den vergangenen Jahren, fast ausschließlich im Rahmen von Private Placements bei Kunden und

Finanzpartnern. Mehr als die Hälfte der Mittelaufnahmen konnte im Sparkassen- und Landesbankenverbund erfolgen. Die Investorenbindung im Verbund, aber auch außerhalb der Sparkassenfinanzgruppe, ist für die SaarLB daher nach wie vor von zentraler Bedeutung. Somit war die SaarLB auch im laufenden Geschäftsjahr 2017 weitestgehend unabhängig vom Kapitalmarkt. Dabei gelang es der Bank im ersten Halbjahr, sich zum größten Teil über Pfandbriefe zu refinanzieren.

Die Entwicklung der Refinanzierungskonditionen hängt neben dem Bonitätsaufschlag maßgeblich von der Entwicklung der Swap- bzw. Geldmarktkurve ab.

Um die jederzeitige Zahlungsbereitschaft sicherzustellen, hat die SaarLB wie im Vorjahr Sicherheiten in Höhe von ca. EUR 907 Mio. bei der Bundesbank hinterlegt (31.12.2016: EUR 839 Mio.). Aufkommende Zahlungsverpflichtungen können somit unabhängig von anderen Refinanzierungsquellen abgedeckt werden.

Zur Darstellung der **Liquiditätssteuerung** verweisen wir auf den Risikobericht. Aufgrund der auf Deutschland und Frankreich fokussierten Geschäftstätigkeit der SaarLB ist der Anteil der Absicherung von Nettopositionen in Fremdwährungen unbedeutend. Sowohl Darlehensneuausrichtungen als auch die entsprechenden Refinanzierungen erfolgen primär in EUR. Die Verbindlichkeiten der SaarLB stellen sich wie folgt dar:

in Mio. EUR	30.06.2017	31.12.2016	Veränderung	
			Mio. EUR	%
Kreditinstitute	3.604,0	3.227,9	376,1	11,7
Kunden	5.221,1	5.328,2	-107,1	-2,0
Verbriefte Verbindlichkeiten	3.814,5	3.631,9	182,6	5,0
Nachrangkapital	25,5	25,5	0,0	0,0
Summe der Verbindlichkeiten	12.665,1	12.213,5	451,6	3,7

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** haben sich im Vergleich zum vorherigen Bilanzstichtag um EUR 376,1 Mio. erhöht. Dieser Anstieg betrifft mit EUR 174 Mio. vor allem Geldmarktgeschäfte, mit EUR 84 Mio. Weiterleitungsdarlehen sowie mit EUR 83 Mio. gedeckte Namensschuldverschreibungen.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden** haben sich im ersten Halbjahr 2017 um EUR 107 Mio. auf EUR 5.221 Mio. vermindert. Der Rückgang ergibt sich vor allem aus den sonstigen langfristigen Mittelaufnahmen und den Geldmarktgeschäften, denen Erhöhungen bei den ungedeckten Schulscheindarlehen gegenüberstehen.

Die **verbrieften Verbindlichkeiten** sind zum 30.06.2017 um EUR 183 Mio. auf EUR 3.814,5 gestiegen. Die Erhöhung betrifft weit überwiegend gedeckte Schuldverschreibungen.

Das **Nachrangkapital** ist mit EUR 25,5 Mio. unverändert. Tilgungen sowie Neuaufnahmen fanden im abgelaufenen Geschäftsjahr nicht statt.

Die Struktur der Verbindlichkeiten stellt sich wie folgt dar:

in Mio. EUR	30.06.2017	31.12.2016	Veränderung	
			Mio. EUR	%
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.604,0	3.227,9	376,2	11,7
Ungedeckte Schuldscheindarlehen	755,5	713,3	42,2	5,9
Gedekte Namensschuldverschreibungen	254,5	171,9	82,6	48,0
Geldmarktgeschäfte	1.129,9	955,9	174,0	18,2
Weiterleitungsdarlehen	1.015,0	930,6	84,3	9,1
Sonstige langfristige Mittelaufnahmen	221,4	277,3	-55,9	-20,2
Giroeinlagen	174,4	122,3	52,1	42,6
Sonstige kurzfristige Termineinlagen	1,8	2,1	-0,2	-11,1
Spareinlagen	11,2	11,2	0,0	0,1
Sonstiges	40,2	43,2	-2,9	-6,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	5.221,1	5.328,2	-107,1	-2,0
Ungedeckte Schuldscheindarlehen	1.008,0	917,5	90,5	9,9
von anderen finanziellen Organisationen	902,2	783,1	119,1	15,2
von nicht finanziellen Organisationen	105,7	134,4	-28,7	-21,3
durch das EinSiG privilegierte Schuldscheindarlehen	0,1	0,0	0,1	-
Gedekte Namensschuldverschreibungen	941,9	935,0	6,8	0,7
von anderen finanziellen Organisationen	839,6	839,0	0,6	0,1
von nicht finanziellen Organisationen	102,2	96,1	6,2	6,4
durch das EinSiG privilegierte Namensschuldverschreibungen	0,0	0,0	0,0	-
Geldmarktgeschäfte	737,3	843,8	-106,5	-12,6
von anderen finanziellen Organisationen	26,5	113,5	-87,0	-76,7
von nicht finanziellen Organisationen	710,7	730,2	-19,4	-2,7
durch das EinSiG privilegierte Geldmarktgeschäfte	0,1	0,1	-0,1	-59,7
Sonstige langfristige Mittelaufnahmen	210,1	364,8	-154,6	-42,4
von anderen finanziellen Organisationen	194,9	323,7	-128,8	-39,8
von nicht finanziellen Organisationen	15,1	41,0	-25,8	-63,1
durch das EinSiG privilegierte sonstige langfristige Mittelaufnahmen	0,0	0,1	0,0	-59,2
Giroeinlagen	1.314,6	1.238,0	76,7	6,2
von anderen finanziellen Organisationen	361,8	329,4	32,4	9,8
von nicht finanziellen Organisationen	901,4	857,8	43,6	5,1
durch das EinSiG privilegierte Giroeinlagen	51,4	50,7	0,7	1,4
Sonstige kurzfristige Termineinlagen	271,7	327,9	-56,2	-17,1
von anderen finanziellen Organisationen	9,1	0,0	9,1	-
von nicht finanziellen Organisationen	262,5	327,7	-65,2	-19,9
durch das EinSiG privilegierte kurzfristige Termineinlagen	0,1	0,2	-0,1	-45,9
Spareinlagen	737,1	707,2	29,9	4,2
von anderen finanziellen Organisationen	0,0	0,0	0,0	-
von nicht finanziellen Organisationen	31,9	30,6	1,3	4,1
durch das EinSiG privilegierte kurzfristige Spareinlagen	705,2	676,6	28,6	4,2
Sonstiges	0,4	-5,9	6,3	-
Verbriefte Verbindlichkeiten	3.814,5	3.631,9	182,7	5,0
Ungedeckte Inhaberschuldverschreibungen	2.723,5	2.712,1	11,5	0,4
Gedeckte Inhaberschuldverschreibungen	1.091,0	919,8	171,2	18,6
Nachrangige Verbindlichkeiten	25,5	25,5	0,0	0,0
Nicht durch Gewährträgerhaftung privilegierte nachrangige Verbindlichkeiten von anderen finanziellen Organisationen	25,5	25,5	0,0	0,0
Summe der Verbindlichkeiten	12.665,1	12.213,5	451,7	3,7

Die Verminderung des **bilanziellen Eigenkapitals** (ohne Berücksichtigung des Halbjahresüberschusses/Jahresüberschusses) von EUR 713,0 Mio. auf EUR 703,2 Mio. ergibt sich aus der Fälligkeit einer stillen Einlage i. H. v. EUR 10 Mio. Dem steht die Erhöhung der Gewinnrücklagen infolge der Gewinnverwendung für das Geschäftsjahr 2016 gegenüber. Aus dem Bilanzgewinn 2016 wurden EUR 0,2 Mio. den anderen Gewinnrücklagen zugeführt.

Zur Darstellung der **aufsichtsrechtlichen Eigenmittelausstattung** sowie den sich daraus abgeleiteten aufsichtsrechtlichen Kennzahlen wird auf den Abschnitt Risikobericht verwiesen.

Die **außerbilanziellen Verpflichtungen** der SaarLB werden primär durch unwiderrufliche Kreditzusagen sowie Eventualverbindlichkeiten bestimmt. Mit einem Gesamtvolumen von EUR 1.459 Mio. zum 30.06.2017 sind diese Verpflichtungen im Vergleich zum 31.12.2016 um EUR 112 Mio. gestiegen. Sie sind für die Beurteilung der Finanzlage nur von untergeordneter Bedeutung, da diese im Rahmen des Liquiditätsmanagements bereits berücksichtigt sind.

Zugesagte Kreditlinien zugunsten der SaarLB bestehen nicht.

Die Nutzung derivativer Finanzinstrumente erfolgt zum weitaus größten Teil im Rahmen der Aktiv-Passiv-Steuerung und dient im Wesentlichen der Absicherung eigener Marktrisiken.

Die Zahlungsfähigkeit der SaarLB war im ersten Halbjahr des Geschäftsjahres 2017 jederzeit gewährleistet.

INSTITUTSRATING

Die gesamten Ratings von Fitch wurden im Mai 2017 nach einem turnusmäßigen Review nochmals bestätigt.

Moody's hat im Februar 2017 die Einschätzung unseres BCAs um 1 Notch gehoben. Damit verbessern sich auch die Moody's Einlagenratings um eine Stufe.

Zum 30.06.2017 stellt sich die Ratingeinschätzung der beiden Agenturen wie folgt dar:

Fitch	
Ratingbezeichnung	Rating
Long Term Issuer Default Rating	A-, stabil
Short Term Issuer Default Rating	F1
Viability Rating	bb+
Derivative Counterparty Rating	A- (dcr)

Moody's	
Ratingbezeichnung	Rating
Long-Term Deposit Rating	A1, stabil
Short-Term Deposit Rating	P-1
Baseline Credit Assessment	ba1
Adjusted Baseline Credit Assessment	baa2
Counterparty Risk Assessment	A1(cr)

VERMÖGENSLAGE

Die **Bilanzsumme** der SaarLB hat sich mit EUR 13.724 Mio. zum 30.06.2017 im Vergleich zum 31.12.2016 (EUR 13.290 Mio.) um 3,3 % erhöht. Ursächlich hierfür waren vor allem die um EUR 516 Mio. höheren Forderungen an Kunden sowie die um EUR 195 Mio. gestiegene Barreserve. Dem steht ein Rückgang der Wertpapiere um EUR 157 Mio. und der Forderungen an Kreditinstitute um EUR 94 Mio. gegenüber.

Das **Kreditvolumen** der SaarLB folgt der Entwicklung der Bilanzsumme und ist von EUR 14.475 Mio. um 2,6 % auf EUR 14.851 Mio. im Geschäftsjahr 2017 gestiegen.

in Mio. EUR	30.06.2017	31.12.2016	Δ Mio.	Δ in %
Forderungen an Kreditinstitute	1.507,9	1.601,6	-93,7	-5,9 %
Forderungen an Kunden	9.934,8	9.418,9	515,9	5,5 %
Wertpapiere	1.949,5	2.106,7	-157,2	-7,5 %
Eventualverbindlichkeiten	403,8	410,1	-6,3	-1,5 %
Unwiderrufliche Kreditzusagen	1.055,1	937,2	117,9	12,6 %
Kreditvolumen	14.851,1	14.474,5	376,6	2,6 %

Die **Forderungen an Kreditinstitute** sind gegenüber dem letzten Bilanzstichtag um EUR -94 Mio. von EUR 1.602 Mio. auf EUR 1.508 Mio. gesunken. Betroffen sind vor allem Forderungen an inländische Kreditinstitute.

Die **Forderungen an Kunden**, die primär durch die Kerngeschäftsfelder der Bank determiniert werden, sind mit EUR 516 Mio. deutlich gestiegen. Maßgeblich hierfür war vor allem der Anstieg der Forderungen an inländische Kunden und hier öffentliche Haushalte bzw. öffentlich-rechtliche Unternehmen i. H. v. EUR 266 Mio.

Die **Wertpapierbestände** sind im ersten Halbjahr von EUR 2.107 Mio. auf EUR 1.950 Mio. gesunken (7,5 %). Ursächlich hierfür war der Rückgang von längerfristigen Anleihen.

Zum Bilanzstichtag bestehen bei Wertpapieren des Anlagevermögens stille Lasten in Höhe von EUR 1,5 Mio. (31.12.2016: EUR 1,9 Mio.), denen stille Reserven in Höhe von EUR 43,9 Mio. (31.12.2016: EUR 51,8 Mio.) gegenüberstehen.

Die **Eventualverbindlichkeiten** lagen im ersten Halbjahr 2017 mit EUR 404 Mio. weitgehend auf Vorjahresniveau (Vorjahr: EUR 410 Mio.).

Die **unwiderruflichen Kreditzusagen** sind um EUR 118 Mio. auf EUR 1.055 Mio gestiegen. Maßgebend hierfür war hauptsächlich ein Anstieg bei den Zusagen an ausländische Kunden um EUR 68 Mio. sowie bei den inländischen Kunden um EUR 36 Mio.

RISIKOBERICHT

GRUNDLAGEN DER RISIKOSTEUERUNG UND -ÜBERWACHUNG

Die Risikosteuerung und -überwachung in der SaarLB erfolgt nach einheitlichen Grundsätzen. Die Steuerung der Tochter- bzw. Beteiligungsunternehmen erfolgt im Rahmen des Beteiligungscontrollings.

Die zentralen Grundsätze der Risikosteuerung und -überwachung sind in der Risikostrategie der SaarLB festgelegt. Der Vorstand regelt hier im Einklang mit der Geschäftsstrategie den Umgang mit den für die SaarLB wesentlichen Risikoarten Adressenrisiken (Adressenausfallrisiken und Credit Spread-Risiken), Marktpreisrisiken, Liquiditätsrisiken, operationelle Risiken, strategische Risiken/Geschäftsrisiken und Reputationsrisiken. Er verantwortet und überwacht die Umsetzung dieser Vorgaben.

Oberstes Ziel aller Geschäftsaktivitäten der SaarLB ist die Erwirtschaftung eines angemessenen und nachhaltigen Ertrags nach Risiken. Risiken dürfen nur insoweit eingegangen werden, wie dies die Risikotragfähigkeit der SaarLB erlaubt. Das Risikomanagementsystem berücksichtigt grundsätzlich weder Diversifikationseffekte zwischen den Risikoarten noch (Ertrags-)Chancen.

Demgemäß werden im Rahmen der Risikostrategie sachgerechte Limite für die wesentlichen Risikoarten gesetzt sowie entsprechende Verfahren für deren Identifikation, Messung und Steuerung definiert. Dabei werden alle Risikopositionen der Bank, der LBS und der Wertpapier-spezialfonds in einer integrierten Sicht gemessen und gesteuert.

Es bestehen klar definierte Organisationsstrukturen und Prozesse, an denen sich die Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortungen der Beteiligten ausrichten. Dabei trägt die Aufbauorganisation den aufsichtsrechtlichen Vorschriften der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) und der Capital Requirements Regulation (CRR) an die Funktions-trennung zwischen Markt und Handel (Geschäftsbereiche) einerseits sowie Marktfolge, Handelsabwicklung und Risikocontrolling andererseits Rechnung.

Die unveränderte Organisationsstruktur des Risikomanagements sowie die Risikostrategie sind im Risikobericht zum Jahresabschluss 2016 beschrieben.

KAPITALMANAGEMENT

Neben der Einhaltung der ökonomischen Risikotragfähigkeit sind für die SaarLB die aufsichtsrecht-lichen Vorschriften der CRR wesentlich für die Beurteilung und Steuerung ihrer Kapitalausstattung.

Aufsichtsrechtliches Kapital

Die SaarLB wendet seit ihrer Zulassung zur Verwendung des auf internen Ratings basierten Ansatzes (IRBA) durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) zum 01.01.2007 die entsprechenden Regeln zur Berechnung der Kapitalanforderungen nach der CRR (ehemals SolvV) an. Ergänzend dazu erfolgte mit Bescheid vom 19.03.2015 die Erlaubnis der BaFin hinsichtlich der Verwendung von Techniken zur Kreditrisikominderung gemäß Artikel 143 Abs. 3 CRR. Bezüglich der Details zur Berechnung und Steuerung des aufsichtsrechtlichen Kapitals wird auf den Risikobericht zum Jahresabschluss 2016 verwiesen.

Die Kennzahlen nach CRR zum Berichtsstichtag sowie die entsprechenden Vorjahreszahlen sind in der folgenden Übersicht dargestellt.

Kennzahlen nach CRR (in Mio. EUR bzw. in %)	30.06.2017	31.12.2016
Risikopositionen (Mio. EUR)	5.918	5.765
Eigenmittel	932	903
davon Kernkapital	875	883
davon hartes Kernkapital	686	672
Gesamtkennziffer	15,7 %	15,7 %
Kernkapitalquote	14,8 %	15,3 %
Harte Kernkapitalquote	11,6 %	11,7 %

Während die Gesamtkennziffer sowie die harte Kernkapitalquote weitestgehend stabil bleiben, ist hinsichtlich der Kernkapitalquote ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen. Der negative Effekt aus einem Anstieg der Risikopositionen wirkt sich hierbei mit rd. -0,3 % auf die harte Kernkapitalquote sowie mit rd. -0,4 % auf die Kernkapitalquote und die Gesamtkennziffer aus. Dieser Effekt wird durch folgende Entwicklungen in den einzelnen Kapitalbeständen abgemildert bzw. verstärkt:

- Das harte Kernkapital steigt im Wesentlichen durch (1) Auffüllung der § 340g HGB-Reserve (rund EUR 10 Mio.) und (2) Erhöhung der Gewinnrücklagen (rund EUR 1 Mio.). Der hieraus resultierende Effekt wird durch eine positive Entwicklung des Wertberichtigungsvergleichs (rund EUR 4 Mio. für das harte Kernkapital) unterstützt.
- Der Rückgang des Kernkapitals ergibt sich im Wesentlichen aus den Übergangsbestimmungen sowie einem Abschmelzen der stillen Einlagen (rund EUR -24 Mio.). Der Rückgang wird durch die oben geschilderten Effekte (1) und (2) sowie durch die positive Entwicklung des Wertberichtigungsvergleichs (rund EUR 5 Mio. für das Kernkapital) kompensiert.
- Der Anstieg der Eigenmittel geht auf die oben geschilderten Effekte (1) und (2) zurück. Zusätzlich verstärkt sich der Effekt aus der positiven Entwicklung des Wertberichtigungsvergleichs bei der Einbeziehung des Ergänzungskapitals (rund EUR 27 Mio.), da der vorhandene Wertberichtigungsüberschuss im Ergänzungskapital angerechnet werden darf. Die Übergangsbestimmungen sowie ein Abschmelzen der stillen Einlagen wirken sich auf der Eigenmittelebene mit rund EUR -10 Mio. aus.

Für einen Kapitalbestandteil, der von der BaFin zum 31.12.2014 als hartes Kernkapital anerkannt wurde, laufen derzeit Abstimmungen mit der europäischen Bankenaufsichtsbehörde und der BaFin. Anpassungen der vertraglichen Grundlagen im Sinne der Aufsicht wurden im ersten Halbjahr 2017 vorgenommen. Die Aufnahme des angesprochenen Kapitalbestandteils in die CET1-Liste der europäischen Bankenaufsichtsbehörde ist von der BaFin für das vierte Quartal avisiert worden.

Die aufsichtsrechtlich geforderten Mindestquoten waren auch unter Berücksichtigung institutsspezifischer Kapitalanforderungen der BaFin während des gesamten Berichtszeitraums jederzeit eingehalten, ebenso die strengeren internen Zielquoten der SaarLB. Dies gilt auch für die im Rahmen des aufsichtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozesses (Supervisory

Review and Evaluation Process, SREP) seit 30. September 2016 festgelegten Mindestquoten. Die insgesamt gute Eigenmittelausstattung der SaarLB zeigt sich auch im Ergebnis der aufsichtsrechtlich (nach CRR) geforderten Stresstests: Selbst unter Annahme eines konjunkturellen Abschwungs liegt zum Berichtsstichtag die Gesamtkennziffer noch bei 13,4 % (31.12.2016: 13,4 %), die Kernkapitalquote bei 12,8 % (31.12.2016: 13,1 %) und die harte Kernkapitalquote bei 10,0 % (31.12.2016: 9,9 %).

Ökonomisches Kapital (Risikotragfähigkeit)

Neben der Sicherstellung der aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen ist die Sicherung der ökonomischen Risikotragfähigkeit, die sich aus der Gegenüberstellung von Risikokapital (Risikodeckungsmasse) und Risikokapitalbedarf ergibt, zentraler Bestandteil der Steuerung in der SaarLB.

Die Risikodeckungsmasse wurde im Geschäftsjahr 2017 auf Basis der HGB-Rechnungslegung ermittelt und gibt Auskunft darüber, bis zu welcher Höhe unerwartete Verluste aus eingegangenen Risiken tatsächlich getragen werden können:¹

¹ Die Vergleichswerte zum 31.12.2016 werden ebenfalls nach HGB-Rechnungslegung angegeben und unterscheiden sich daher von den entsprechenden Werten im Jahresabschluss 2016. Aufgrund des einjährigen Betrachtungszeitraums werden in der Risikodeckungsmasse nicht die Eigenkapitalpositionen zum Stichtag, sondern die (ggf. durch Fälligkeiten im Betrachtungszeitraum reduzierten) Werte ein Jahr nach dem Stichtag angesetzt.

Komponenten der verfügbaren Deckungsmasse (in Mio. EUR)	30.06.2017	31.12.2016	Delta
Ergebnis nach Steuern (Minimum YtD und HoRe)	7,6	9,3	-1,7
+ Stammkapital	250,1	250,1	0,0
+ Kapitalrücklagen	69,1	69,1	0,0
+ Gewinnrücklagen	150,9	150,8	0,1
+ Rücklage nach § 340 f (HGB)	30,0	40,0	-10,0
+ Rücklage nach § 340 g (HGB)	219,7	219,7	0,0
+ Unbefristete stille Einlagen	9,5	9,5	0,0
+ Befristete stille Einlagen	208,6	223,6	-15,0
+ Nachrangige Verbindlichkeiten	20,5	25,5	-5,0
+ BFA 3 Saldo	166,9	150,4	16,5
+ Stille Reserven Wertpapiere nach HGB, sofern nicht in BFA 3 enthalten	7,3	6,0	1,3
+ Stille Lasten in Pensionsrückstellungen	-2,6	-2,8	0,2
Risikodeckungsmasse	+1.137,6	+1.151,2	-13,6
./. Immaterielle Vermögenswerte	5,0	5,0	0,0
./. Korrektur Eigenkapital wegen Überhang aktiver latenter Steuern	13,8	17,1	3,3
Verfügbare Deckungsmasse	+1.118,8	+1.129,1	-10,3

Die Risikodeckungsmasse ist im Vergleich zum 31.12.2016 nahezu unverändert geblieben. Die Gewinnverwendung des Jahresergebnisses 2016 ist im Ausweis der Zahlen zum 31.12.2016 bereits berücksichtigt (EUR 1,1 Mio. als Gewinnrücklagen, je EUR 10 Mio. in Rücklage nach §340f/g). Die verfügbare Deckungsmasse ergibt sich aus der Risikodeckungsmasse durch mindernde Berücksichtigung der Elemente der Deckungsmasse, die im Falle einer Liquidation anders anzurechnen wären.

Im Rahmen der ökonomischen Risikokapitalsteuerung (ICAAP) überwacht die SaarLB ihr Risiko-profil. Im Geschäftsjahr 2017 wurde in einem monatlichen Turnus eine Risikotragfähigkeits-rechnung durchgeführt, in der eine Gegenüberstellung von aus der verfügbaren Deckungs-masse allokiertem Risikokapital und Risikokapitalbedarf erfolgt ist. Zur Ermittlung des Risikokapitalbedarfs erfolgt eine konsistente Betrachtung aller wesentlichen Risikoarten. Die Risiken werden auf Gesamtbankebene zu einer Gesamteinschätzung des vorhandenen Risikos zusammengeführt. Dabei wird zur Berechnung des Risikokapitalbedarfs im ICAAP grundsätzlich die Value at Risk (VaR)-Methodik mit einem Konfidenzniveau von 99,95 % angewandt. Die Limitierung erfolgt auf Ebene der einzelnen Risikoarten sowie übergreifend durch das (insgesamt) allokierte Risikokapital. Annahmen und Ergebnisse der Risikoquantifizierung werden wenigstens jährlich validiert.

Die Ergebnisse der ICAAP-Risikotragfähigkeitsrechnung zum Berichtsstichtag sind in der nachfolgenden Übersicht dargestellt:

Ökonomische Risikotragfähigkeit: Kapitalbedarfe und Deckungsmasse (in Mio. EUR)	30.06.2017			31.12.2016		
	Kapitalbedarf	Limit	Auslastung	Kapitalbedarf	Limit	Auslastung
Adressenrisiko	186,2	345,0	54 %	165,2	345,0	48 %
davon Ausfallrisiko	(102,9)	(210,0)	49 %	(101,1)	(210,0)	48 %
davon Credit Spread-Risiko	(83,3)	(135,0)	62 %	(64,2)	(135,0)	48 %
Marktpreisrisiken	110,1	180,0	61 %	116,8	180,0	65 %
Operationelles Risiko	25,5	30,0	85 %	25,5	30,0	85 %
Strategisches Risiko/ Geschäftsrisiko	50,4	90,0	56 %	48,6	90,0	54 %
Summe	372,2	645,0	58 %	356,0	645,0	55 %
Verfügbare Deckungsmasse	1.118,8			1.129,1		
Freie ökon. Deckungsmasse	746,6			773,1		

Die Risikotragfähigkeit der SaarLB war im gesamten Berichtszeitraum (sowohl insgesamt als auch auf Ebene der einzelnen Risikoarten) jederzeit uneingeschränkt gegeben.

Neben dem ICAAP-Risikokapitalbedarf werden zusätzlich Risikokapitalbedarfe in mehreren Stressszenarien ermittelt, u. a. in einem über alle Risikoarten hinweg unter konsistenten Annahmen modellierten schweren konjunkturellen Abschwung. Bzgl. Adressenrisiken werden bspw. eine branchenspezifische Verschlechterung des Kreditportfolios und eine weitere Ausweitung der Credit Spreads angenommen, für alle anderen Risikoarten gelten ebenfalls verschärfte Annahmen.

Schwerer konjunktureller Abschwung: Kapitalbedarfe und Deckungsmasse (in Mio. EUR)	30.06.2017	31.12.2016
Adressenrisiko	219,0	158,5
davon Ausfallrisiko	(126,8)	(98,2)
davon Credit Spread-Risiko	(92,2)	(60,4)
Marktpreisrisiken	100,1	102,1
Operationelles Risiko	17,0	17,0
Strategisches Risiko/Geschäftsrisiko	36,6	30,9
Summe	372,7	308,5
Freie ökon. Deckungsmasse	746,6	773,1
Freie ökon. Deckungsmasse nach Stress	373,9	464,6

Die Kapitalbedarfe für Adressenrisiken im Stressszenario Schwerer konjunktureller Abschwung sind im Vergleich zum Jahresende 2016 aufgrund von Anpassungen bei der Modellierung insbesondere von Immobilienfinanzierungen (Ausfallrisiko) sowie einer längeren Laufzeit bei Anleihen (Credit Spread-Risiko) angestiegen.

ADRESSENRISIKO (KREDITRISIKO)

Unter Adressenrisiko (Kreditrisiko) subsumiert die SaarLB das Adressenausfallrisiko sowie Credit Spread-Risiken.

Unter Adressenausfallrisiko versteht die SaarLB das Risiko, dass sich die Bonität eines Geschäftspartners so weit verschlechtert, dass er seinen Zahlungs- oder Lieferverpflichtungen gegenüber der Bank nicht, nicht vollständig und/oder nicht termingerecht nachkommen kann.

Das Credit Spread-Risiko (Bonitätsänderungsrisiko) bezeichnet das Risiko bonitätsinduzierter Kursverluste des Wertpapierbestandes (inkl. Wertpapierpositionen in Spezialfonds, Kreditderivaten und Verbriefungen).

Der Rahmen für das Eingehen von Adressenausfallrisiken wird in der Risikostrategie festgelegt. Im jährlichen Strategieprozess wird aus der Risikodeckungsmasse ein Limit für Adressenausfallrisiken festgelegt. Zur Steuerung und Überwachung von Konzentrationsrisiken werden Limitierungen nach der Bonität von Kreditnehmern bzw. Transaktionen, geografischen Märkten und Branchen vorgenommen.

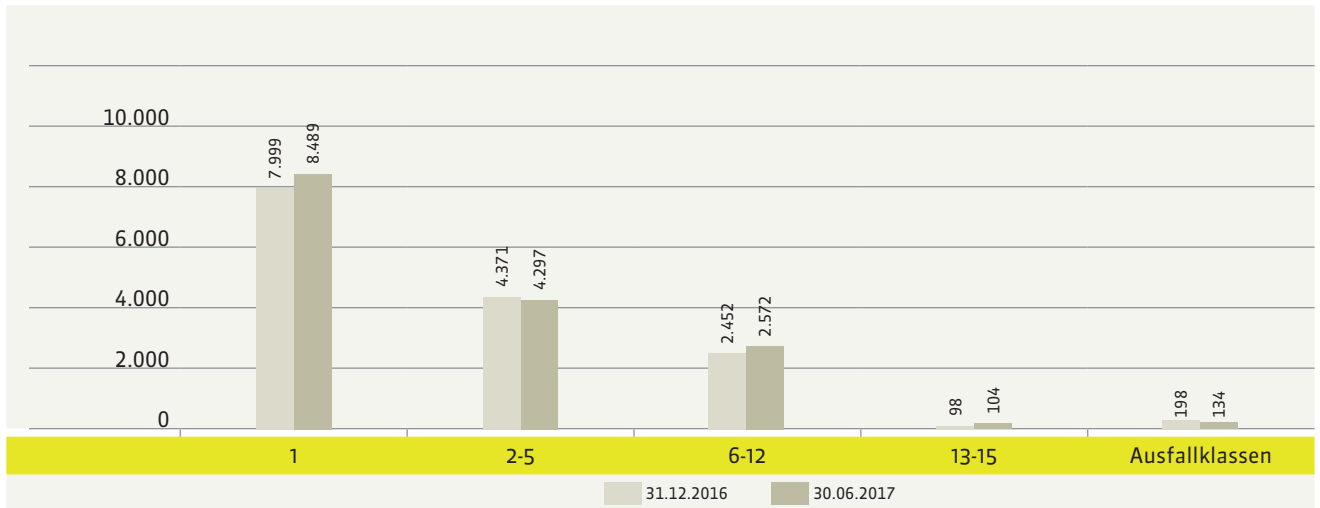
Die gesamten Abläufe im Kreditgeschäft einschließlich der Steuerungs- und Überwachungssysteme sind umfassend im Anweisungswesen der SaarLB dokumentiert. Die hier definierten Masterprozesse sind segmentübergreifend und einheitlich in allen Marktfolgebereichen implementiert. Das Anweisungswesen wird fortlaufend den sich verändernden internen und externen Anforderungen angepasst. Details zum Kreditrisikomanagement können dem Risikobericht zum Jahresabschluss 2016 entnommen werden.

Zur Risikoanalyse auf Portfolioebene verwendet die SaarLB insbesondere für die Risikotragfähigkeitsrechnung das Kreditportfoliomodell „CreditRisk+“. Im Kreditportfoliomodell wird der gesamte mit Adressenausfallrisiken behaftete Forderungsbestand der SaarLB betrachtet, jeweils gewichtet mit den individuellen, aus den Ratingklassen abgeleiteten Ausfallwahrscheinlichkeiten der einzelnen Kreditnehmer. Wesentliche Ausgabegröße ist der Credit Value at Risk, der sich aufteilt in einen erwarteten Verlust (expected loss), der über die risikoorientierte Preisgestaltung berücksichtigt wird, und in einen unerwarteten Verlust (unexpected loss). Sowohl der erwartete als auch der unerwartete Verlust sind im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung durch Risikokapital zu decken.

Portfolioanalyse (ökonomisch)

Die Darstellungen in den nachfolgenden Kapiteln „Portfolioanalyse (ökonomisch)“ und „Teilportfolien mit erhöhtem Risikoprofil“ basieren auf der internen Risikosteuerung, nach der zum Berichtsstichtag ein maximales Kreditrisiko von EUR 15.596 Mio. bestand (zum 31.12.2016: EUR 15.119 Mio.). Somit wurden zusätzliche Kreditrisiken in Höhe von EUR 477 Mio. aufgebaut.

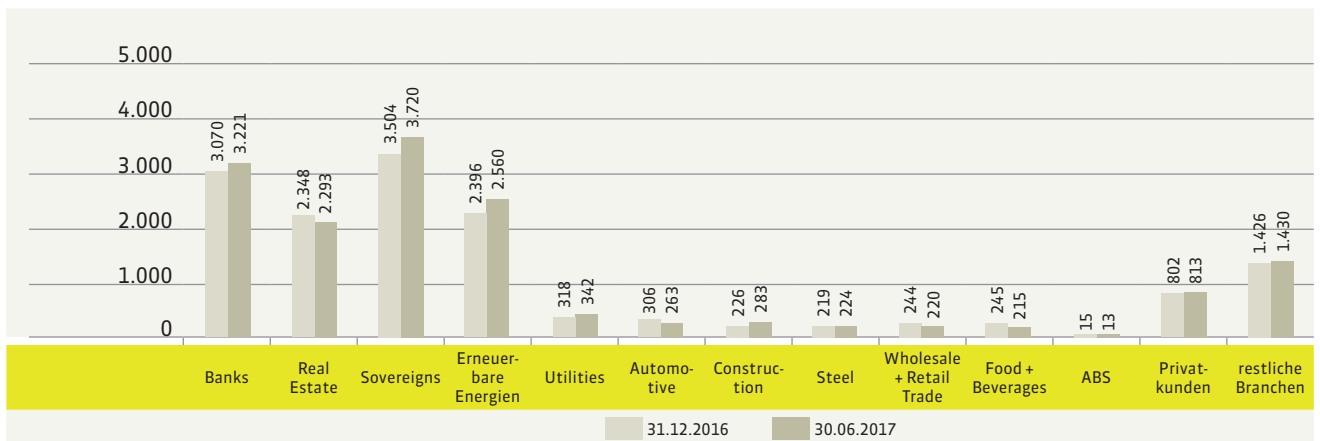
Maximales Kreditrisiko nach Ratingklassen (in Mio. EUR)



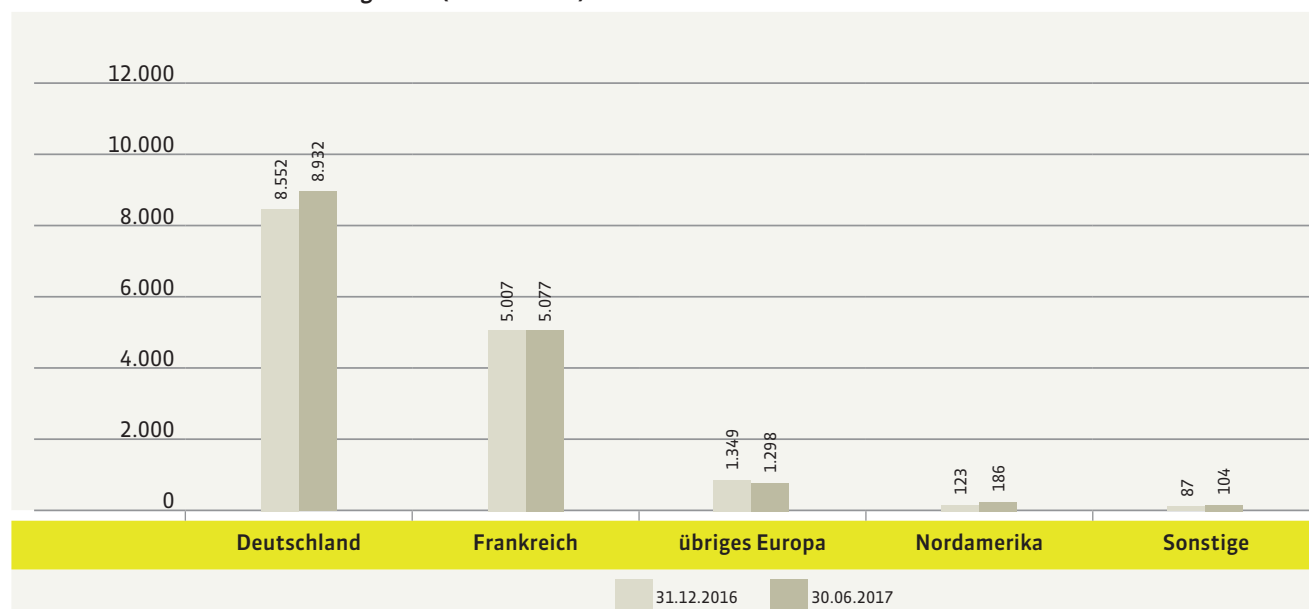
Zum Berichtsstichtag liegen rund 82 % des Kreditrisikos im Investment Grade-Bereich (Ratingklassen 1 bis 5 nach DSGV-Skala). Im Vergleich zum 31.12.2016 ist damit der Anteil konstant geblieben.

Für die wirtschaftliche Steuerung und strategische Ausrichtung des Branchen-Kreditrisikos wird in der SaarLB auf Kreditnehmerebene ein wertschöpfungs- und risikoorientierter Gruppierungsschlüssel verwendet, der das Kreditrisiko in 32 Branchengruppen strukturiert. Das Kreditrisiko nach Branchengruppen verteilt sich wie folgt:

Maximales Kreditrisiko nach Branchen (in Mio. EUR)



Das Branchenportfolio – insbesondere das Corporates-Portfolio – der SaarLB ist weiterhin gut diversifiziert. Der größte Anteil des Portfolios (rund 24 %) entfällt zum Berichtsstichtag auf die Branche Sovereigns, gefolgt von den Branchen Banks (rund 21 %), Erneuerbare Energien (rund 16 %) und Real Estate (rund 15 %). Im Berichtszeitraum wurde das Kreditrisiko der Branche Sovereigns um rund EUR 216 Mio. erhöht, gefolgt von der Branche Erneuerbare Energien mit einem Anstieg von rund EUR 164 Mio. und Banks mit rund EUR 150 Mio. Die Branche Real Estate wurde um rund EUR 55 Mio. reduziert, gefolgt von Automotive mit rund EUR 43 Mio.

Maximales Kreditrisiko nach Regionen (in Mio. EUR)

Die SaarLB verwendet für die Darstellung der Verteilung des Kreditrisikos nach Ländern standardmäßig auf Einzelländerebene die offiziellen Bundesbankschlüssel. Kreditnehmer werden dabei gemäß dem jeweils maßgeblichen Länderrisiko verschlüsselt, das bspw. bei unselbstständigen Niederlassungen nicht dem des Sitzlandes entsprechen muss. Regionengruppierungen erfolgen dann unter Berücksichtigung globaler und regionaler wirtschaftlicher Verflechtungen. Der Schwerpunkt des Länderportfolios der SaarLB liegt mit einem Anteil von rund 90 % (zum 31.12.2016: 90 %) des Kreditrisikos in den von ihr definierten Zielmärkten Deutschland und Frankreich. Weitere 8 % (zum 31.12.2016: 9 %) betreffen Engagements im übrigen Europa, wobei sich die Kreditrisiken der PIIGS-Staaten (Portugal, Irland, Italien, Griechenland und Spanien) auf insgesamt EUR 272 Mio. (zum 31.12.2016: EUR 242 Mio.) belaufen, davon 91 % (zum 31.12.2016: 89 %) im Investment Grade. Das Exposure von Kreditnehmern im Vereinigten Königreich beträgt EUR 99 Mio. (zum 31.12.2016: EUR 87 Mio.), darunter 98 % (zum 31.12.2016: 99 %) im Investment Grade. Im Berichtszeitraum wurde in fast allen betrachteten Regionen Volumen aufgebaut, hauptsächlich aber in Deutschland, rund EUR 380 Mio. Lediglich im übrigen Europa wurde das Volumen um rund EUR 51 Mio. reduziert.

Banken: maximales Kreditrisiko (in Mio. EUR) Regionen	30.06.2017	31.12.2016
Deutschland	2.299	2.201
Frankreich	124	123
übriges Europa	566	590
Nordamerika	137	79
Sonstige	94	79
Gesamt	3.221	3.070

Forderungen an Kreditinstitute einschließlich des Bestandes an kreditersetzenden Wertpapieren bestehen überwiegend gegen Institute mit Sitz in Europa und dort mehrheitlich gegen deutsche Kreditinstitute. Über alle Regionen hinweg steigt das Kreditrisiko gegenüber Banken im Berichtszeitraum moderat um insgesamt EUR 150 Mio., absolut am deutlichsten in Deutschland um EUR 98 Mio. bzw. prozentual mit einem Plus von 73 % am stärksten in Nordamerika.

Forderungen an Kunden bestehen mit nahezu 100 % (31.12.2016: rund 99 %) gegen Kunden mit (Wohn-)Sitz in Westeuropa. Unter diesen Kunden stellen die deutschen und französischen mit rund 94 % (31.12.2016: rund 93 %) den größten Anteil.

Banken: maximales Kreditrisiko (in Mio. EUR) Größenklassen	30.06.2017	31.12.2016
bis 1 Mio. EUR	34	37
>1 Mio. EUR bis 5 Mio. EUR	133	113
>5 Mio. EUR bis 10 Mio. EUR	81	45
>10 Mio. EUR bis 20 Mio. EUR	451	587
>20 Mio. EUR bis 50 Mio. EUR	859	711
>50 Mio. EUR bis 100 Mio. EUR	588	672
>100 Mio. EUR bis 250 Mio. EUR	530	904
>250 Mio. EUR bis 500 Mio. EUR	544	0
>500 Mio. EUR bis 1 Mrd. EUR	0	0
>1 Mrd. EUR bis 2,5 Mrd. EUR	0	0
Gesamt	3.221	3.070

Das Geschäft mit Kreditinstituten erfolgt überwiegend in größeren Abschnitten, allerdings sind die Größenklassen größer EUR 500 Mio. zum aktuellen Berichtsstichtag nicht besetzt.

Nichtbanken: maximales Kreditrisiko (in Mio. EUR) Größenklassen	30.06.2017	31.12.2016
bis 1 Mio. EUR	813	767
>1 Mio. EUR bis 5 Mio. EUR	1.229	1.229
>5 Mio. EUR bis 10 Mio. EUR	1.980	2.079
>10 Mio. EUR bis 20 Mio. EUR	3.359	3.490
>20 Mio. EUR bis 50 Mio. EUR	3.115	2.961
>50 Mio. EUR bis 100 Mio. EUR	954	786
>100 Mio. EUR bis 250 Mio. EUR	309	112
>250 Mio. EUR bis 500 Mio. EUR	617	625
Gesamt	12.375	12.048

Die Kundenforderungen sind aus Sicht der Größenklassengliederung gut diversifiziert.

Teilportfolien mit erhöhtem Risikoprofil

Aufgrund der Staatsschuldenkrise im Euroraum werden Engagements in Portugal, Irland, Italien, Griechenland und Spanien („PIIGS“-Länder) weiterhin besonders aufmerksam beobachtet.

PIIGS-Exposures: maximales Kreditrisiko (in Mio. EUR) Länder	30.06.2017	31.12.2016
Portugal	26	4
Italien	129	108
Irland	10	12
Griechenland	0	0
Spanien	107	119
Gesamt	272	242

Der Kreditbestand in den PIIGS-Staaten hat sich im Berichtszeitraum um rund EUR 29 Mio. erhöht, größtenteils in Portugal (EUR 22 Mio.) und Italien (EUR 21 Mio.). Dem steht ein Abbau von EUR 12 Mio. in Spanien gegenüber. Das maximale Kreditrisiko liegt am Berichtsstichtag zu 91 % im Investment Grade (zum 31.12.2016: 89 %). Ein Exposure in Griechenland liegt zum Berichtsstichtag wie zum Vergleichsstichtag nicht vor.

PIIGS-Exposures: maximales Kreditrisiko (in Mio. EUR) Branchen	30.06.2017	31.12.2016
Sovereigns	132	70
Banks	12	26
Logistics	51	52
Telecom	40	41
Real Estate	9	20
Utilities	14	20
ABS	11	12
Sonstige	3	2
Gesamt	272	242

Die SaarLB hält zum Berichtsstichtag Forderungen mit einem maximalen Kreditrisiko in Höhe von EUR 132 Mio. gegenüber Sovereigns in den PIIGS-Staaten (zum 31.12.2016: EUR 70 Mio.). Der Großteil hiervon ist Italien (57 %), gefolgt von Spanien (24 %) und Portugal (16 %), zuzuordnen. Der deutlichste Abbau erfolgte in der Branche Banks (EUR 14 Mio.), gefolgt von Real Estate in Höhe von EUR 10 Mio. und Utilities in Höhe von EUR 6 Mio. Zum aktuellen Berichtsstichtag sind keine relevanten Volumina mehr in italienischen Banken investiert (nur noch rund EUR 0,5 Mio.), welche von den Spezialfonds der SaarLB gehalten werden. Alle übrigen Branchen verblieben auf nahezu konstantem Niveau. Wertminderungen waren zum Berichtsstichtag nicht zu berücksichtigen.

Zum Berichtsstichtag hielt die SaarLB ein Exposure von EUR 99 Mio. im Vereinigten Königreich. Mit insgesamt 86 Mio. EUR stellt die Branche Banks den Großteil des Exposures, die sowohl in den Spezialfonds als auch von der Bank selbst gehalten werden. Die volumenmäßig

nächstgrößere Branche ist Food and Beverages (4 Mio. EUR). Alle übrigen Branchen spielen nur eine untergeordnete Rolle. Das Exposure im Vereinigten Königreich ist nahezu ausschließlich im Investment Grade-Bereich geratet. Wir schätzen die aus dem Brexit resultierenden Risiken für dieses Exposure als überschaubar ein.

Risikovorsorge

Eine detaillierte Beschreibung zur Identifikation und Behandlung problembehafteter Kredite findet sich im Risikobericht zum Jahresabschluss 2016.

Bei der Risikovorsorgebildung wird zwischen Einzelwertberichtigungen für bestehende Forderungen und Rückstellungen für künftige Inanspruchnahmen (Rückstellungen für außerbilanzielle Geschäfte im Kreditgeschäft) unterschieden. Uneinbringliche Forderungen werden ausgebucht.

Für alle im Rahmen der Risikoüberwachung im Berichtsjahr tatsächlich erkennbaren Verlustpotenziale wurde in angemessener Weise vorgesorgt. Die Risikovorsorge hat sich wie folgt entwickelt:

Risikovorsorge für Einzelrisiken (in Mio. EUR)	01.01.2017 – 30.06.2017	01.01.2016 – 31.12.2016
Anfangsbestand	101,9	116,4
Auflösung	-28,7	-15,9
Verbrauch	-5,1	-23,0
Zuführung	17,0	24,4
Endbestand	85,1	101,9

Für latente Risiken bestehen Pauschalwertberichtigungen in Höhe von EUR 9,9 Mio. (per 31.12.2016: EUR 15,3 Mio.).

Die Direktabschreibungen betragen einschließlich der unmittelbar bonitätsbedingten Wertkorrekturen und Veräußerungsverluste in den Wertpapieren des Anlagebestandes inkl. Wertpapierspezialfonds EUR 0,2 Mio. (im ersten Halbjahr 2016: EUR 0,1 Mio.). Dem standen Eingänge auf abgeschriebene Forderungen und unmittelbar bonitätsbedingte Veräußerungsgewinne in den Wertpapieren des Anlagebestandes inkl. Wertpapierspezialfonds in Höhe von EUR 0,1 Mio. (im ersten Halbjahr 2016: EUR 0,8 Mio.) gegenüber.

MARKTPREISRISIKO

Das Marktpreisrisiko bezeichnet das Risiko von (Bewertungs-)Verlusten in offenen (Handels-)Positionen durch ungünstige Marktpreisveränderungen. Für die SaarLB relevante Marktpreise sind insbesondere EUR-Zinssätze, Aktienkurse und Währungskurse. Offene Positionen resultieren aus Kassa-, Termin- und Optionsgeschäften.

Details zum Management der Marktpreisrisiken, der Risikostrategie und den Marktpreisrisikomodellen können dem Risikobericht zum Jahresabschluss 2016 entnommen werden.

Die folgende Tabelle zeigt eine Übersicht der im Berichtszeitraum eingegangenen Risiken aus offenen Positionen (Brutto-VaR):

Marktpreisrisiko SaarLB: Brutto-VaR (in Mio. EUR)	6-Monats-Zeitraum bis 30.06.2017			12-Monats-Zeitraum bis 31.12.2016		
	Durchschnitt	Maximum	Minimum	Durchschnitt	Maximum	Minimum
Zins-VaR	19,3	21,8	16,3	18,0	20,9	12,7
FX-VaR	0,3	0,7	0,1	0,9	1,7	0,1
Aktien-VaR	4,1	7,3	3,2	5,2	7,2	1,6
Gesamt-VaR	23,7	26,1	19,9	24,2	27,8	18,0

Für den unter Berücksichtigung der negativen operativen Ergebnisse ermittelten (Netto-)VaR wurden aus der Risikodeckungsmasse der SaarLB zum Berichtsstichtag Limite in Höhe von insgesamt EUR 36,0 Mio. (zum 31.12.2016: EUR 36,0 Mio.) auf die einzelnen Sparten allokiert. Diese Limite waren (über alle Sparten) im Berichtszeitraum durchschnittlich mit 65,8 % (Gesamtjahr 2016: 68,8 %) beansprucht, wobei die Auslastung zwischen einem Minimum von 55,4 % (Gesamtjahr 2016: 52,9 %) und einem Maximum von 72,5 % (Gesamtjahr 2016: 81,8 %) schwankte.² Letzteres entsprach – in absoluten Werten ausgedrückt – einem Verlustpotenzial in Höhe von EUR 26,1 Mio. (2016: EUR 28,1 Mio.). Zum Berichtsstichtag betrug der (Netto-)VaR aus Marktrisiken EUR 23,4 Mio. (zum 31.12.2016: EUR 26,5 Mio.).

Speziell für das Zinsänderungsrisiko im Anlagebuch wurden nach Vorgabe der Deutschen Bundesbank monatlich Zinsänderungen von +/-200 Basispunkten quantifiziert. Die ermittelten Barwertänderungen im Verhältnis zum haftenden Eigenkapital lagen (bei SaarLB inkl. LBS ebenso wie bei der LBS selbst) im Berichtszeitraum unter den aufsichtsrechtlichen Schwellenwerten.

² In der obigen Tabelle werden die Minima (Maxima) des Brutto-VaR der jeweiligen Marktpreisrisikoart summiert, während hier das Minimum (Maximum) des Netto-VaR, d. h. inkl. eventuell durchgeführter Berücksichtigung von negativen operativen Ergebnissen, über alle Marktpreisrisikoarten hinweg angegeben ist.

LIQUIDITÄTSRISIKO

Unter Liquiditätsrisiko versteht die SaarLB im Wesentlichen das Zahlungsunfähigkeitsrisiko (Liquiditätsrisiko i. e. S.), aber auch das Liquiditätsfristentransformationsrisiko, jeweils unter Berücksichtigung von Marktliquiditätsrisiko und Refinanzierungsrisiko.

Details zum Management der Liquiditätsrisiken können dem Risikobericht zum Jahresabschluss 2016 entnommen werden. Auf Änderungen im Berichtszeitraum wird im Folgenden explizit hingewiesen.

Zur Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit auch in Krisensituationen verfügt die SaarLB über ein angemessenes Liquiditätsdeckungspotenzial. Es setzt sich unter anderem aus Wertpapieren, bei der Bundesbank eingereichten Kreditforderungen und dem Deckungsregisterpotenzial zusammen. Zum Berichtszeitpunkt verfügte die SaarLB über ein freies Liquiditätsdeckungspotenzial i. H. v. EUR 1,3 Mrd. im Szenario Kombination bzw. EUR 1,7 Mrd. im Szenario Basis. Das Liquiditätsdeckungspotenzial zum 31.12.2016 betrug EUR 1,4 Mrd. im Szenario Basis. Ein ausreichendes Liquiditätsdeckungspotenzial gewährleistet, dass etwaige ungeplante Zahlungsanforderungen bei Bedarf taggleich abgedeckt werden können. Dabei hat die SaarLB ihren kurzfristigen Liquiditätsbedarf so limitiert, dass der Überhang aus Passivfälligkeiten im Overnight-Bereich auf den in diesem Zeitpunkt frei verfügbaren Zugang zu Zentralbankgeld begrenzt ist.

Der kurzfristige Refinanzierungsbedarf nach BTR 3.2 MaRisk wird durch ausschließliche Anrechnung hoch liquider Wertpapiere (sowohl EZB-fähig als auch GC Pooling-fähig) im Liquiditätsdeckungspotenzial abgebildet. Dieses sollte in der handelstäglich fortgeschriebenen Wochensicht zur Abdeckung der Liquiditätsabläufe ausreichen, die aus dem Szenario Kombination resultieren.

Das Volumen an hoch liquiden Wertpapieren liegt zum Berichtsstichtag bei rund EUR 0,8 Mrd. (zum 31.12.2016: EUR 0,9 Mrd.). Aufkommende Zahlungsverpflichtungen können bei Bedarf nach wie vor weitgehend unabhängig von anderen Refinanzierungsquellen abgedeckt werden. Auf einen Rückgriff auf die Overnight-Fazilität der EZB konnte im Berichtszeitraum (wie auch in den vergangenen Jahren) verzichtet werden.

Die Liquiditätssteuerung und -überwachung für den Zeitraum der jeweils kommenden 90 Tage (bis 31.05.2017: 180 Tage)³ erfolgt anhand der Gegenüberstellung der kumulierten Liquiditätsablaufbilanz mit dem kumulierten Liquiditätsdeckungspotenzial. Die Auslastungen des Liquiditätsdeckungspotenzials werden dabei anhand szenariospezifischer Schwellenwerte beurteilt:

Auslastung des Funding-Potenzials	Maximale Auslastung		
	(90 Tage; %)	(180 Tage; %)	
	30.06.2017	30.06.2017	31.12.2016
Szenario Basis (geplante Ablaufstrukturen)	80,28 %	80,28 %	0,00 %
Szenario Bankstress	116,59 %	123,60 %	37,59 %
Szenario Marktstress	105,67 %	126,70 %	20,07 %
Szenario Kombination	112,32 %	130,81 %	77,98 %

³ Zum Stichtag 30.06.2017 wurde der relevante Zeitraum für die Berechnung der Auslastungsgrade des Liquiditätsdeckungspotenzials von 180 Tagen auf 90 Tage angepasst, um eine engere Liquiditätssteuerung zu ermöglichen.

Die im Berichtszeitraum deutlich angestiegene Auslastung des Liquiditätsdeckungspotenzials ist Ausdruck einer bewussten Reduktion von Puffern und Überdeckungen im Rahmen einer engeren, liquiditätskostenorientierten Liquiditätssteuerung. Die vorübergehende Überschreitung der internen Schwellenwerte für die Auslastung des Liquiditätsdeckungspotenzials wurde dabei in Kauf genommen.

Die insgesamt dennoch unverändert positive Einschätzung der Liquiditätssituation wird auch durch die Liquiditätskennziffer (nach den aufsichtsrechtlichen Regelungen der Liquiditätsverordnung) bestätigt. Dabei geht die SaarLB in ihren internen Regelungen über die aufsichtsrechtliche Anforderung hinaus, dass das Verhältnis von Aktiv- zu Passivfälligkeiten (Liquiditätskennziffer) innerhalb des nächsten Monats größer als 1 sein muss. Die Bank setzt einen Warnwert, der bereits Gegensteuerungsmaßnahmen auslöst, bei 1,25. Im Berichtszeitraum lag die Liquiditätskennziffer der Bank zwischen 2,25 und 2,48 (im Gesamtjahr 2016 zwischen 2,51 und 3,49); zum Berichtsstichtag belief sie sich auf 2,43 (zum 31.12.2016: 2,58).

Neben der Ermittlung der Liquiditätskennziffer werden im Rahmen der Berechnung der Liquidity Coverage Ratio (LCR) die liquiden Aktiva den kurzfristigen Nettoabflüssen der nächsten 30 Tage gegenübergestellt. Dabei werden konsolidierte Werte der Gesamtbank (SaarLB inkl. LBS) verwendet. Die seit Oktober 2015 gültige aufsichtsrechtliche Mindestquote lag im Berichtszeitraum bei 80 %. Im Jahr 2018 wird die Mindestquote auf 100 % angehoben. Die SaarLB hat die aufsichtsrechtliche Mindestquote sowie die höheren internen Schwellenwerte im Berichtszeitraum jederzeit eingehalten. Zum Berichtsstichtag wies die SaarLB eine LCR-Kennziffer gemäß Delegierter Verordnung (EU) 2015/61 von 186 % aus (zum 31.12.2016: 155 %).

Die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen war zu jeder Zeit gewährleistet. Auch die LBS hat die aufsichtsrechtlichen Vorgaben bezüglich der Liquidität im abgelaufenen Halbjahr jederzeit eingehalten.

Im Berichtszeitraum war der SaarLB der Zugang zu Refinanzierungsmitteln über den Geld- und Kapitalmarkt jederzeit möglich. Die Bank konnte ihre mittel- und langfristige Refinanzierung über die Emission von börsennotierten Pfandbriefen und ungedeckten Schuldtiteln sicherstellen. Darüber hinaus hat die Bank von den Möglichkeiten zur Refinanzierung über die EZB Gebrauch gemacht und Tendersgeschäfte der EZB zum Zwecke der Liquiditätsfeinststeuerung eingesetzt.

OPERATIONELLES RISIKO

Allgemeines

Operationelles Risiko ist das Risiko eines unerwarteten Schadens, der durch menschliches Versagen, Prozess- oder Kontrollschwächen, technologisches Versagen, Katastrophen oder durch externe Einflüsse hervorgerufen wird. Zu den operationellen Risiken zählen insbesondere Rechts-, Modell- und IT-Risiken; strategische Risiken und Reputationsrisiken sind in der Definition nicht enthalten.

Eine detaillierte Beschreibung des Managements und Controllings operationeller Risiken findet sich im Risikobericht zum Jahresabschluss 2016.

Im Berichtszeitraum (1. Halbjahr 2017) wurden 8 Schadenfälle (gesamt 2016: 24) beobachtet, die zu einer erwarteten GuV-Beeinträchtigung von insgesamt rund EUR 0,1 Mio. (gesamt 2016: EUR 1,0 Mio.) geführt haben. Dieser Betrag liegt deutlich unterhalb des anhand der Eigenmittelanforderungen des aufsichtlichen Standardansatzes auf operationelle Risiken allokierten Risikokapitals in Höhe von EUR 27,5 Mio. (in 2016: EUR 25,1 Mio.).

Rechtsrisiken

Rechtsrisiken bezeichnen die Wahrscheinlichkeit von Verlusten aufgrund der Außerachtlassung des durch Rechtsvorschriften und Rechtsprechung vorgegebenen Rahmens infolge Unkenntnis, nicht ausreichend sorgfältiger Rechtsanwendung oder nicht zeitgerechter Reaktion auf eine Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen. Rechtsrisiken fallen unter die Definition der operationellen Risiken gemäß CRR.

Das Rechtsrisiko zeigt sich in realisierten Verlusten oder in Rückstellungen, die sich aufgrund von oder im Zusammenhang mit gegen die SaarLB gerichteten Klagen ergeben (Passiv-Prozesse). Von der SaarLB erhobene Klagen (Aktiv-Prozesse) verkörpern in der Regel kein operationelles, sondern ein Kreditrisiko, sodass dem Verlustrisiko bereits durch Wertberichtigungen Rechnung getragen wird. Die Rechtsverfolgungskosten (Gerichts- und Anwaltskosten) bei einem Aktiv-Prozess werden jedoch als Rechtsrisiko eingeordnet.

Organisation

In der SaarLB obliegt die Steuerung des Rechtsrisikos der Rechtsabteilung RS RE.

Risikosteuerung

Alle juristischen Mitarbeiter/-innen der Abteilung RS RE haben die Aufgabe, das rechtliche Risiko innerhalb der SaarLB zu identifizieren und zu steuern. Dies bedeutet: Rechtliche Risiken und alle dadurch möglichen Verluste sind in einem frühen Stadium zu erkennen, Lösungsmöglichkeiten zur Vermeidung oder Minimierung der Verluste sind aufzuzeigen und an rechtliche Risiken betreffenden Entscheidungen ist aktiv mitzuwirken. Den juristischen Mitarbeiter/-innen in RS RE obliegt es, im Rahmen ihres Aufgabenbereiches ständig über alle rechtlichen Änderungen oder neuen Erkenntnisse auf dem Laufenden zu bleiben und die betroffenen Geschäftseinheiten über die Auswirkungen auf das Rechtsrisiko sowie über sich ergebenden Handlungsbedarf zu informieren. Sie verantworten die Veranlassung oder Anpassung von Rechtsrückstellungen

unter Zugrundelegung eines risikoorientierten Ansatzes und betreuen und überwachen die laufenden Gerichtsverfahren. Bei Passiv-Prozessen wird die Rückstellung auf Grundlage der Risikoeinschätzung der zuständigen Mitarbeiterin oder des zuständigen Mitarbeiters in RS RE in Abstimmung mit der Abteilungsleiterin RS RE gebildet. Dabei entspricht in der Regel das im Prozess erwartete Verlustrisiko der Höhe der zu bildenden Rückstellung. Um den Betrag des erwarteten Verlusts einzuschätzen, ist nach jedem bedeutenden Verfahrensabschnitt zu bewerten, welchen Betrag die Bank vernünftigerweise zahlen müsste, wenn sie den Streit zu diesem Zeitpunkt durch Vergleich beenden würde. Bei Aktiv-Prozessen werden in der Regel nur die Gerichts- und eigenen Anwaltskosten zurückgestellt.

Halbjährlich informiert die Abteilung RS RE schriftlich über alle wesentlichen Gerichtsverfahren und Rechtsrisikoentwicklungen. Adressaten dieser Information sind die Mitglieder des Vorstandes, der für RS RE zuständige Bereichsleiter, die internen Aufsichtsorgane, die externen Prüfer sowie die Abteilung Risikocontrolling der Bank.

Die SaarLB bildet Rückstellungen für die Gerichtsverfahren entsprechend den handelsrechtlichen Vorschriften. Der endgültige Ausgang einzelner rechtlicher Verfahren kann das Ergebnis der SaarLB in einer bestimmten Berichtsperiode beeinflussen, die daraus eventuell resultierenden Verpflichtungen können auch Einfluss auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage haben. Für Prozessrisiken wurden zum 30.06.2017 unter Zugrundelegung eines risikoorientierten Ansatzes Rückstellungen von insgesamt TEUR 1.306 (Vorjahr: TEUR 1.030) gebildet. Von einer Einzeldarstellung der jeweiligen Rückstellungsbeträge wird abgesehen, um den Ausgang der jeweiligen Verfahren nicht zu beeinflussen.

Aktuelle Entwicklungen

Die SaarLB ist in verschiedene Gerichtsverfahren und sonstige rechtliche Verfahren involviert, die aber der Höhe nach unwesentlich sind. Diese Verfahren umfassen zum Beispiel Streitigkeiten im Zusammenhang mit Kreditfinanzierungen oder der Verwertung von Sicherheiten, aus gestellten Bürgschaften sowie Streitigkeiten über die Frage von wirksam erteilten Widerrufsbelehrungen. In solchen gerichtlichen Verfahren werden vor allem Zahlungs-, Schadensersatz-, Rückerstattungsansprüche oder auch die Rückabwicklung geschlossener Verträge geltend gemacht. Sofern einzelnen oder mehreren dieser Klagen stattgegeben würde, könnten daraus Schadensersatzzahlungen, Rückabwicklungsaufwendungen oder sonstige kostenintensive Maßnahmen in einer insgesamt überschaubaren Höhe folgen. Einzelne Gerichtsverfahren können auch Auswirkungen auf die Reputation der SaarLB haben.

Daneben können Änderungen oder Verschärfungen der höchstrichterlichen Rechtsprechung zu weiteren Inanspruchnahmen der SaarLB führen. Im Bauspargeschäft ist dabei zu beachten, dass die SaarLB von der aktuellen Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes zur Wirksamkeit der Kündigungen von Bausparverträgen zehn Jahre nach Erreichung der Zuteilungsreife nicht betroffen ist, da derartige Kündigungen bislang nicht ausgesprochen worden sind.

Die Auswirkungen der aktuellen Entscheidungen des Bundesgerichtshofes vom 04.07.2017 (AZ: XI ZR 562/15 und XI ZR 233/16) zu Bearbeitungsentgelten bei gewerblichen Darlehen auf die Bankenwelt insgesamt und damit auch auf die SaarLB bleiben abzuwarten, da die Urteilsbegründungen derzeit noch nicht vorliegen. Die SaarLB hat sich jedoch seit mehreren Jahren in ihrem Neugeschäft auf eine derartige Rechtsentwicklung eingestellt.

Rechnungslegungsbezogenes internes Kontroll- und Risikomanagementsystem

Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf die Regelung des § 289 Absatz 5 HGB, nach der Kapitalgesellschaften im Sinne des § 264d HGB die wesentlichen Merkmale des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess zu beschreiben haben.

Aufgaben und Ziele

Zur Gewährleistung der Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der Rechnungslegung hat die Landesbank Saar ein internes Kontrollsystem (IKS) eingerichtet. Es beinhaltet Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen zur Sicherung von Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Rechnungslegung. Vor diesem Hintergrund dient das interne Kontrollsystem auch der Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Landesbank Saar.

Wesentliches Ziel des internen Kontrollsystems ist es, zu gewährleisten, dass sämtliche Geschäftsvorfälle in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und Standards sowie den satzungsmäßigen Bestimmungen und anderen internen Richtlinien vollständig und richtig erfasst, verarbeitet und dokumentiert werden. Das interne Risikomanagementsystem wird hierbei als Bestandteil des internen Kontrollsystems angesehen.

Organisation

Der Vorstand der SaarLB trägt die Verantwortung dafür, dass die Bank über eine ordnungsgemäße Geschäftsorganisation verfügt, welche neben angemessenen internen Kontrollverfahren vor allem eine adäquate Steuerung und Überwachung der wesentlichen Risiken umfasst. Hierbei wird der Vorstand insbesondere durch den Unternehmensbereich Gesamtbanksteuerung mit der Abteilung Finanzen und Meldewesen, durch den Unternehmensbereich Personal und Organisation mit der Abteilung Organisation und IT, durch die Interne Revision sowie durch die Abteilung Risikocontrolling unterstützt.

Risikosteuerung und -überwachung

Zur Organisation der Risikosteuerung und -überwachung vgl. Abschnitt „Grundlagen der Risikosteuerung und -überwachung“.

Finanzen und Meldewesen

Die Abteilung Finanzen und Meldewesen ist bei der Landesbank Saar für die Erstellung des Abschlusses, die Entwicklung bilanzpolitischer Vorgaben, die Initiierung von rechnungslegungsrelevanten Projekten sowie für die Begleitung der nationalen Entwicklungen in der Rechnungslegung verantwortlich. Hinsichtlich der Erstellung des Abschlusses sind weitere Fachabteilungen eingebunden.

Zu den Aufgaben gehört in diesem Zusammenhang vor allem die Sicherstellung der Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung. Dies beinhaltet vor allem die Einrichtung und die Überwachung der Wirksamkeit der Rechnungslegungsprozesse sowie die Umsetzung der für die SaarLB relevanten Bilanzierungsstandards und gesetzlichen Anforderungen im Bereich der

Rechnungslegung, die in Bilanzierungsrichtlinien, Buchungslogiken und Kontierungsregeln konkretisiert werden. Des Weiteren definieren die Fachbereiche in Organisations- und Prozessanweisungen die Regelungen zur Geschäftserfassung, Stammdatenpflege sowie die Erfüllung von Aufbewahrungspflichten. Diese Anweisungen bilden die wesentliche Grundlage für das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem.

Interne Revision

Die Interne Revision prüft den Geschäftsbetrieb der SaarLB und führt auch Prüfungshandlungen für die LBS, LBS Immobilien GmbH und LBS Vertriebs GmbH durch. Sie ist dem Vorsitzenden des Vorstandes unterstellt. Die Prüfungstätigkeit erstreckt sich auf der Basis eines risikoorientierten Prüfungsansatzes grundsätzlich auf alle Aktivitäten und Prozesse, auch soweit diese ausgelagert sind. Dies schließt eine Prüfung der Wirksamkeit und Angemessenheit des internen Kontrollsystems und des Risikomanagements ein.

Die Interne Revision führt die ihr übertragenen Aufgaben unabhängig von den zu prüfenden Tätigkeiten, Abläufen und Funktionen unter Berücksichtigung der jeweils geltenden gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen (z. B. KWG, MaRisk) aus.

Kontrollumfeld und Kontrollverfahren

Das interne Kontrollsystem basiert auf Organisations- und Prozessanweisungen.

Zentrale Bestandteile dieser Regelungen im Hinblick auf das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem sind

- die im Rahmen von sogenannten Neue-Produkte-Prozessen erstellten Regelungen zur Erfassung, Bewertung und Berichterstattung,
- die im Kredit- und Steuerungshandbuch dokumentierten Anweisungen zur Erfassung, Bewertung und Berichterstattung von Forderungen sowie
- die Dokumentation über den Abschlusserstellungsprozess.

Darüber hinaus erstellt die Abteilung Finanzen und Meldewesen zu jedem Stichtag eine sogenannte Jahres- bzw. Halbjahresabschlussanweisung, die neben gesetzlichen Neuerungen vor allem die von den jeweiligen Fachbereichen vorzunehmenden wesentlichen Erstellungsarbeiten (einschließlich erforderlicher Nachweisungen) und einen Terminplan enthält.

Regelungen hinsichtlich der Erfassung und Kontrolle von Geschäftsdaten liegen in der jeweiligen Abteilung vor; diese Anweisungen werden dezentral erstellt und bei Bedarf aktualisiert.

Die Organisations- und Prozessanweisungen enthalten auch in Bezug auf die Risikosteuerung und -überwachung den Umgang mit den wesentlichen Risiken der SaarLB.

Die genannten Regelungen zur Risikosteuerung und -überwachung werden regelmäßig überprüft und aktualisiert.

Seit dem Bilanzstichtag 31. Dezember 2016 verzichtet die SaarLB gemäß § 290 Abs. 5 HGB auf die Aufstellung eines Konzernabschlusses, da sie nur Tochterunternehmen hat, die gemäß § 296 HGB nicht in den Konzernabschluss einbezogen werden müssen. Es wurde ein Projekt initiiert, um die notwendigen aufbau- und ablauforganisatorischen sowie IT-technischen Anpassungen, die aus dem Verzicht eines IFRS-Konzernabschlusses resultieren, umzusetzen.

Um eine vollständige und richtige Verarbeitung der Geschäftsvorfälle einschließlich einer ordnungsgemäßen Datenerfassung, Buchung und Dokumentation sicherzustellen, werden in der SaarLB eine Vielzahl von internen Kontrollen durchgeführt. Diese umfassen entsprechende Funktionstrennungen, ein differenziertes Zugriffsberechtigungssystem zum Schutz vor unbefugten Eingriffen, laufende Kontrollen im Rahmen des Arbeitsablaufes unter Beachtung des Vier-Augen-Prinzips sowie programmierte Kontrollen innerhalb der IT-Systeme.

Im Rahmen der internen Kontrollen werden beispielsweise in der SaarLB Haupt- und Nebenbücher abgestimmt sowie manuell bebuchbare Hauptbuchkonten vom zuständigen Fachbereich überwacht. Zudem werden weitere Kontrollen und Abstimmungen vorgenommen, um eine ordnungsgemäße Übertragung der Daten zwischen den verschiedenen IT-Systemen zu gewährleisten. Innerhalb des Abschlusserstellungsprozesses werden die fachlich richtige Abbildung der zugrunde liegenden Sachverhalte geprüft und Qualitätssicherungsmaßnahmen hinsichtlich der in den Abschluss einbezogenen Daten durchgeführt.

Die SaarLB hat einen Teil ihrer Dienstleistungen (im Wesentlichen IT-Dienstleistungen, Dienstleistungen im Bereich des Zahlungsverkehrs und der Wertpapierabwicklung) an externe Unternehmen ausgelagert. Die ausgelagerten Bereiche werden dabei in das interne Kontrollsystem im Rahmen des Auslagerungscontrollings einbezogen. Darüber hinaus hat die Interne Revision der SaarLB die ausgelagerten Bereiche im Prüfungsvorgehen berücksichtigt. Soweit die Prüfung durch die Interne Revision der Auslagerungsunternehmen erfolgt, überzeugt sich die Interne Revision der SaarLB regelmäßig von der Funktionsfähigkeit der jeweiligen Revisionen der Auslagerungsunternehmen.

In der SaarLB unterliegt der Rechnungslegungsprozess regelmäßigen Kontrollen in Bezug auf inhärente Risiken, um bei Bedarf entsprechende Maßnahmen zur Weiterentwicklung des internen Kontrollsystems einleiten zu können. Dies bezieht sich auch auf die interne Risiko- steuerung und -überwachung. Zur Umsetzung aktueller aufsichtsrechtlicher Anforderungen hat die Bank im Jahr 2015 ein Projekt mit den Themenkreisen Informationsrisikomanagement, Notfallmanagement und individuelle Datenverarbeitung aufgesetzt. Der Abschluss des Projekts ist im laufenden Geschäftsjahr vorgesehen.

REPUTATIONSRISIKO

Das Reputationsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass negative Publizität über die SaarLB, ob zutreffend oder nicht, das Vertrauen (von Teilen) der Öffentlichkeit in die Kompetenz, Integrität oder Vertrauenswürdigkeit der SaarLB beeinträchtigt.

Die Publizität über die SaarLB („eigen- und fremdgesteuert“) wird in der Abteilung SZ KV überwacht und gesteuert. Durch das institutionalisierte Beschwerdemanagement werden Wirkungen auf die Reputation gemessen und gesteuert. Zusätzlich ist in diesem Zusammenhang auch auf die enge Verknüpfung von Geschäfts- und Markenstrategie der Bank hinzuweisen, sodass auch das Reputationsrisiko durch die Faktoren Regionalbezug, Standardprodukte und Einbindung in die Sparkassen-Finanzgruppe begrenzt wird.

Die Methoden und Prozesse des Controllings und Managements von Reputationsrisiken sind auch Gegenstand der Risikostrategie. Entsprechend der ab dem Berichtsstichtag 31.12.2016 gültigen Risikostrategie wird auf eine Quantifizierung dieser Risikoart verzichtet. Es erfolgt stattdessen eine qualitative Einwertung der Abteilung SZ KV im quartalsweisen Risikobericht.

STRATEGISCHES RISIKO/GESCHÄFTSRISIKO

Unter strategischem Risiko versteht die SaarLB unerwartete, nachhaltig negative Auswirkungen auf Kapital und Ertrag der Bank (resp. den Unternehmenswert), die durch unerwartete Veränderungen der regulatorischen und sonstigen exogenen Markt- und Umfeldbedingungen oder durch falsche bzw. unzureichende Managemententscheidungen zur geschäftspolitischen Positionierung hervorgerufen werden.

Das Geschäftsrisiko bezeichnet unerwartete Veränderungen im wirtschaftlichen Umfeld, die zu negativen Veränderungen des Geschäftsvolumens oder der Margen führen und nicht auf die anderen Risikoarten zurückzuführen sind. Es quantifiziert Abweichungen zwischen geplanten und tatsächlichen Kosten bzw. Erträgen.

Der Umgang mit Geschäfts- und strategischen Risiken (Identifizierung, Limitierung, Steuerung) ist in der Geschäftsstrategie der SaarLB dokumentiert. Dort sind das Geschäftsmodell, die strategische Positionierung der Bank sowie der jährlich neu aufzusetzende integrierte Strategie- und Planungsprozess detailliert beschrieben.

Die Identifizierung und Messung der Risiken erfolgt durch Analyse von Plan-/Ist-Abweichungen auf Gesamtbank- sowie Geschäftsfeldebene im Rahmen des Strategie- und Planungsprozesses.

Eine (qualitative) Limitierung der Risiken wird im Rahmen des Geschäftsprinzips „verstehen und gestalten“ durch den Regionalbezug der Bank, die nahezu ausschließliche Verwendung von Standardprodukten und die Einbindung in die Sparkassen-Finanzgruppe adressiert.

Die Steuerung erfolgt im Rahmen des Strategie-/Planungsprozesses, u. a. auch durch die Vorgabe strategischer Kennzahlen sowie die Verwendung der sogenannten Geschäftsfeldanalyse-Blätter, die insbesondere die Behandlung der Geschäftsrisiken auf Ebene der einzelnen Geschäftsfelder behandeln.

Die Methoden und Prozesse des Controllings und Managements von strategischen Risiken/Geschäftsrisiken sind auch Gegenstand der Risikostrategie. Die Quantifizierung und Limitierung der Risiken erfolgt auch im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung.

ZUSAMMENFASSUNG DER RISIKOLAGE

Die SaarLB verfügt über eine Risikodeckungsmasse, die im Berichtszeitraum jederzeit zur Deckung aller ICAAP-Risikokapitalbedarfe ausreichte. Die ökonomische Risikotragfähigkeit der SaarLB war daher im Berichtszeitraum jederzeit uneingeschränkt gegeben. In der Sicht der COREP-Meldung zu den aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen überstiegen die Kennziffern im Berichtszeitraum die internen Zielvorgaben, sodass auch die aufsichtliche Risikotragfähigkeit jederzeit uneingeschränkt gegeben war.

PROGNOSE- UND CHANCENBERICHT

Die Geschäftsplanung und Ergebnisentwicklung der SaarLB beruht auf Annahmen hinsichtlich der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung, insbesondere in Bezug auf die für die SaarLB relevanten Märkte. Diese Annahmen sind jedoch mit Unsicherheiten behaftet. Eine Abweichung der tatsächlichen Marktentwicklung kann zu entsprechenden negativen wie auch positiven Abweichungen in der künftigen Ertragslage der Bank führen.

Eine Änderung der Geschäftsstruktur bzw. des Geschäftsmodells der Bank als deutsch-französische Regionalbank ist grundsätzlich nicht geplant. Eine eventuelle Anpassung an der Segmentstruktur aufgrund des laufenden Strategie- und Strukturprojektes erfolgt frühestens im Geschäftsjahr 2018.

ERWARTETE WIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

Die SaarLB stützt sich bei der Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung auf aktuelle Einschätzungen externer Institutionen, wie zum Beispiel die für die Bank relevanten Banken- und Wirtschaftsverbände.

Zur Jahresmitte ist das Wachstum der Weltwirtschaft robust, politische Risiken bleiben allerdings bestehen. In Deutschland wird im September der 19. Bundestag gewählt. Es wird damit gerechnet, dass Angela Merkel für eine weitere Amtszeit Bundeskanzlerin bleibt. In Frankreich hat Präsident Macron ein klares Mandat für innenpolitische Reformen erhalten. In den USA wachsen die Zweifel, ob Präsident Trump die im Wahlkampf versprochenen Stimulierungsmaßnahmen umsetzen wird. Als drittgrößte Volkswirtschaft der Eurozone verunsichert die finanzwirtschaftliche Verfassung Italiens. Die Arbeitslosigkeit liegt bei 11 %, die Staatsschulden bei fast EUR 2,3 Billionen.

Risiken resultieren darüber hinaus aus dem Ausscheiden Großbritanniens aus der EU. Premierministerin May hatte im Januar 2017 angekündigt, einen harten Brexit und damit einen vollständigen Ausstieg aus der Europäischen Union anzustreben. Bei den vorgezogenen Parlamentswahlen im Juni 2017 ist es ihr nicht gelungen, eine absolute Mehrheit hinter sich zu vereinigen. Die EU-Institutionen möchten die vier Grundfreiheiten im Binnenmarkt nicht voneinander trennen und ein Freihandelsabkommen erst behandeln, wenn ausreichende Fortschritte bei den Verhandlungen über das Austrittsabkommen erzielt wurden.

Für **Deutschland** wird im Jahr 2017 mit einem realen Wachstum des Bruttoinlandsproduktes von 1,8 % gerechnet. Das deutsche Wachstum geht dabei fast ausschließlich vom privaten und öffentlichen Konsum aus. Der Außenbeitrag wird 2017 kaum zum Wachstum beitragen können, die realen Importe werden mit prognostizierten 4 % ähnlich stark wachsen wie die Exporte.

Auch das im Juni 2017 veröffentlichte ifo-Geschäftsklima zeigt für Deutschland eine erfreuliche Entwicklung. Der Index stieg im Juni von 114,6 auf 115,1 Punkte und überbot den Rekordwert des Vormonats. Die Unternehmen waren erneut zufriedener mit ihrer aktuellen Geschäftslage und erwarten eine weitere Verbesserung in den kommenden sechs Monaten. Während im verarbeitenden Gewerbe und im Großhandel der Index gestiegen ist, wurde die Beurteilung der Lage im Bauhauptgewerbe demnach leicht nach unten korrigiert.

Die Deutsche Bundesbank erwartet eine Inflationsrate von 1,5 % im laufenden Jahr.

Im **Saarland** ist der Lageindikator der IHK Saarland im Juni 2017 um 3,6 Punkte auf 42,3 Zähler gestiegen. Somit wird die Lage so positiv wie niemals zuvor seit Beginn der Erhebung im Januar 2003 eingeschätzt. Der IHK-Erwartungsindikator stieg um 3,3 Punkte auf 11,4 Zähler. Dies ist der höchste Wert seit April 2012.

Gemäß dem aktuellen Konjunkturbericht der Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern **Rheinland-Pfalz** (Stand: Mai 2017) bewerten die Unternehmen ihre aktuelle Geschäftslage weiterhin als positiv, trotz anhaltender wirtschaftspolitischer Risiken. Sowohl die Binnennachfrage als auch die Investitionen stützen die konjunkturelle Entwicklung. Der IHK-Konjunkturklima-indikator liegt bei 122 Punkten und zeigt trotz einer kleinen Korrektur im Vergleich zum Jahresanfang (124 Punkte) eine konjunkturelle Boom-Phase an.

Das Wirtschaftswachstum in **Frankreich** wird laut einer Veröffentlichung der Banque de France im Jahr 2017 bei 1,4 % liegen, für die Jahre 2018 und 2019 wird es bei 1,4 % bzw. 1,6 % gesehen. Die Inlandsnachfrage, die in den Jahren 2015 und 2016 durch eine höhere Kaufkraft im Zusammenhang mit dem Verfall der Ölpreise geprägt war, wird in 2017 abnehmen. Das Wachstum wird gestützt durch den erwarteten Anstieg der Exporte vor dem Hintergrund einer wachsenden Weltwirtschaft. Die Inflation wird sich von 0,3 % in 2016 auf 1,4 % in 2019 steigern.

Seit dem 1. Mai 2017 führt die **Bundesnetzagentur** Ausschreibungen zur Ermittlung der finanziellen Förderung von Windenergieanlagen an Land durch. Der ermittelte anzulegende Wert dient als Berechnungsgrundlage für die Höhe des Zahlungsanspruchs (Marktprämie). Insgesamt werden drei Gebotsrunden durchgeführt. In der ersten Runde wurden 70 Gebote mit einem Gebotsumfang von 807 MW bezuschlagt. Bürgerenergiegesellschaften waren besonders stark vertreten.

Im Mai 2017 wurde Nicolas Hulot in **Frankreich** zum Minister für ökologischen und solidarischen Wandel ernannt. Diese Ernennung wurde von den französischen Berufsverbänden, beispielsweise dem Verband für Erneuerbare Energien und dem Verband für Windenergien, positiv aufgenommen. Nicolas Hulot hat bestätigt, dass er weiterhin die Durchsetzung des französischen Gesetzes für die Energiewende (loi relative à la transition énergétique pour la croissance verte) zum Ziel hat. Dieses Gesetz sieht vor, den Anteil der Kernenergie an der Stromproduktion von 75 % auf 50 % zu reduzieren.

Die Aussichten für den **französischen Immobilienmarkt** sind erfreulich. In 2016 sind erstmals seit vier Jahren die Bauinvestitionen angestiegen. Wachstumstreiber waren sowohl der Nichtwohnungsbaubau als auch der Wohnungsbaubau. In 2017 ist ein starker Anstieg der Wohnungsbaugenehmigungen zu verzeichnen.

Nach den bisherigen Entwicklungen auf den **Geld- und Kapitalmärkten** erwarten wir den Dreimonatszinssatz für unbesichertes Interbankengeschäft für die zweite Jahreshälfte 2017 bei rund -0,25 %. Für den langfristigen 10-Jahres-Satz (Swap-Satz) erwartet die Bank einen sehr moderaten Zinsanstieg auf ein Niveau von ca. 1,2 %. Damit wird auch in der zweiten Jahreshälfte 2017 das Zinsniveau auf einem niedrigen Stand verbleiben – jedoch mit einer steileren Zinskurve.

PROGNOSE ZUR ERTRAGSLAGE DER BANK

Der Ausbau der Ergebnisbeiträge in den Kerngeschäftsfeldern sowie die weitere gute Risikoposition der Bank werden voraussichtlich zu einer deutlichen Verbesserung des Vorsteuerergebnisses gegenüber dem Vorjahr führen. Dem entgegen steht ein deutlich erhöhter Steueraufwand aufgrund der negativen Einspruchsentscheidung der Finanzverwaltung im Hinblick auf die Repatriierung des Verlustvortrags aus der ehemaligen Niederlassung Luxemburg. Hierdurch ist die Aktivierung der entsprechenden Steuerforderung nicht mehr haltbar. Die Ausbuchung der Steuerforderung hat den Steueraufwand dementsprechend erhöht. In Summe erwarten wir daher für das Jahr 2017 einen Jahresüberschuss nach Steuern auf dem Niveau des Vorjahres.

Der Zinsüberschuss für 2017 wird voraussichtlich leicht über dem Vorjahresniveau liegen. Neben einer in der zweiten Jahreshälfte erwarteten Verbesserung der Neugeschäftsakquisition in den Kerngeschäftsfeldern rechnen wir auch im Bereich Treasury mit einem steigenden Ergebnisbeitrag, u. a. durch die moderate Hebelhöhung des Zinsbuchs und die weitere Optimierung des Collateral-Bestandes.

Der Provisionsüberschuss wird sich im zweiten Halbjahr voraussichtlich weiter positiv entwickeln und moderat über dem Vorjahresergebnis liegen. Neben einer weiteren Fokussierung auf die Kerngeschäftsfelder und einem verbesserten Neugeschäft ist dies in einem durch Sondereffekte geprägten, positiveren Provisionsergebnis der Landesbausparkasse begründet.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft ist, wie auch in den letzten Jahren, geprägt von hohen Auflösungen. Diese Entwicklung, die in der Prognose für das Jahr 2017 – aufgrund der Planung anhand von kalkulatorischen Expected Loss-Daten – nicht zu erwarten war, kann sich im zweiten Halbjahr nach wie vor ändern, sodass wir weiterhin mit einer Nettozuführung zur Risikovorsorge für 2017 rechnen, wenn auch auf einem deutlich verbesserten Niveau gegenüber der Prognose aus dem Jahresabschluss 2016.

Für den Verwaltungsaufwand erwartet die Bank in Summe einen leichten Rückgang gegenüber dem abgelaufenen Geschäftsjahr. Für den Personalaufwand wird – u. a. auch aufgrund der sehr moderaten Tarifierhöhungen und der Realisierung von Einsparpotenzialen – ein gegenüber 2016 leicht geringerer Wert erwartet. Die anderen Verwaltungsaufwendungen inkl. Abschreibungen auf Sachanlagen werden in 2017 deutlich über dem Vorjahresergebnis liegen, was im Wesentlichen auf das Projekt „SaarLB2020“ zurückzuführen ist.

PROGNOSE ZUR ENTWICKLUNG DER GESCHÄFTSSEGMENTE

Im Segment **Firmenkunden** wird insgesamt ein leichtes Wachstum im Geschäft mit deutschen und französischen mittelständischen Unternehmen erwartet, das insbesondere durch ein weiterhin steigendes Darlehensneugeschäft getragen wird. Im Kommunalgeschäft Frankreich wird aufgrund des fortgesetzten hohen Wettbewerbs eher von einer Seitwärtsbewegung ausgegangen. Insgesamt belasten die fehlenden Impulse im kurzfristigen Kreditgeschäft, was der guten Liquiditätsslage der Unternehmen bzw. dem weiterhin hohen Margendruck im Kommunalgeschäft Frankreich geschuldet und letztlich auch auf das sehr niedrige Zinsumfeld zurückzuführen ist.

Im Segment **Immobilien** sehen wir vor dem Hintergrund weiterhin sehr niedriger bis negativer Zinsen stark haussierende Immobilienmärkte in Frankreich und vor allem in Deutschland.

Insbesondere in Deutschland berichten zahlreiche Investoren von einem erheblichen Mangel an geeigneten Immobilien. Um die Investitionsplanungen einhalten zu können, beobachten wir ein starkes Ausweichen vieler Immobilieninvestoren in B- und C-Objektlagen, auf die die SaarLB aber nicht schwerpunktmäßig fokussiert ist. Unter den Fremdkapitalgebern herrscht eine sehr hohe Konkurrenzsituation. Aufgrund der Geschäftsabschlüsse im ersten Halbjahr erwarten wir jedoch, die im Rahmen des Jahresabschlusses aufgestellte Prognose erfüllen zu können.

Das Segment **Projekte** war auch im ersten Halbjahr 2017 – getrieben vom Niedrigzinsumfeld und einem hierdurch ausgelösten aggressiven Wettbewerb um Projekte zwischen Banken und Investoren – deutlich erhöhter Konkurrenz um Projekte ausgesetzt. Für das zweite Halbjahr rechnen wir dennoch mit einem stabilen Neugeschäft auf dem Niveau der Vorjahre, v. a. in Frankreich.

Das Segment **Private und Institutionelle** wird sich auch im zweiten Halbjahr verstärkt auf das Einlagen-, Platzierungs- und Dienstleistungsgeschäft mit institutionellen Anlegern und vermögenden Privatkunden konzentrieren und dadurch das Provisionsergebnis weiter steigern. Für das Zinsergebnis wird – insbesondere getrieben vom Niedrigzinsumfeld der Passivseite – von einem moderaten Rückgang ausgegangen. Zusätzliche Potenziale ergeben sich im Segment Private und Institutionelle aus steigenden Provisionserträgen im Wertpapiergeschäft und der kontinuierlichen Weiterentwicklung der Produkt- und Dienstleistungspalette.

Das Segment **Kommunalbank** fokussiert sich auch in der zweiten Jahreshälfte 2017 auf Kommunen und kommunalnahe Unternehmen und wird die Vertriebsaktivitäten weiter ausbauen, was einen steigenden Zinsüberschuss erwarten lässt. Das Provisionsergebnis ist stark geprägt von Provisionszahlungen an Partner-Sparkassen und daher schwierig planbar. Es wird mit einem Ergebnis auf Vorjahresniveau gerechnet.

Das Segment **Verbundbank** wird primär von der Entwicklung der LBS beeinflusst, wobei das zu erwartende anhaltende niedrige Marktzinsniveau die Ertragsmöglichkeiten der Landesbausparkasse auch im weiteren Jahresverlauf einschränken wird. Die Passivseite der Bausparkasse ist durch fixe Zinszahlungen auf die Bauspareinlagen geprägt, während die Aktivseite mit dem Kreditgeschäft und den Anlagemöglichkeiten größtenteils von den aktuellen Marktkonditionen abhängig ist. Es wird mit einem leicht zurückgehenden Zinsüberschuss gerechnet, der aus einer zurückgehenden Marge resultiert.

Das Segment **Treasury und Portfoliomanagement** wird im Rahmen des Risiko- und Ertragsmanagements die aktive Portfoliosteuerung fortführen und insbesondere die weitere Optimierung des Collateral-Bestandes fortführen.

ERWARTETE KAPITAL- UND RISIKOPOSITIONEN

Mit der zum Halbjahr ausgewiesenen Kapitalquote verfügt die SaarLB über eine gute Kapitalbasis. Die Kapitalquoten konnten im vergangenen Halbjahr in etwa auf dem hohen Niveau des Jahresendes 2016 gehalten werden.

Für einen Kapitalbestandteil, der von der nationalen Aufsicht zum 31.12.2014 als hartes Kernkapital anerkannt wurde, sind Anmerkungen der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde EBA zwischenzeitlich aufgegriffen und vollständig umgesetzt worden. Eine abschließende formale Rückmeldung der Aufsicht wird im zweiten Halbjahr erwartet.

Bei den aufsichtsrechtlichen Risikopositionen gehen wir im kommenden halben Jahr von einer moderaten Steigerung auf maximal EUR 6,2 Mrd. aus. Der Zuwachs resultiert vor allem aus geplantem Neugeschäft und dem damit einhergehenden Bestandsaufbau.

Unter Berücksichtigung der geplanten Risikopositionen rechnet die Bank für das Jahresende 2017 mit leicht fallenden Kapitalquoten.

PROGNOSE UND CHANCEN AUS REGULATORISCHEN VERFAHREN

Trotz der soliden aufsichtsrechtlichen Kapitalausstattung nach Basel III gibt es auch in 2017 weitere Herausforderungen aus laufenden und neuen regulatorischen Verfahren auf supranationaler Ebene.

Der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) hatte bereits im Jahr 2015 die Implementierung eines granularen statistischen Kreditmeldewesens (**Analytical Credit Dataset – AnaCredit**) gebilligt. Im Juni 2016 veröffentlichte die EZB schließlich die finale Verordnung zu AnaCredit, mit welcher die Anforderungen und Meldepflichten für ein europaweit einheitliches Kreditregister festgelegt wurden. Damit müssen Kreditinstitute aktivische Einlagen und Kredite gegenüber juristischen Personen ab 25.000 EUR ab dem Stichtag 30. September 2018 an die EZB melden. Die Deutsche Bundesbank hat im Juli 2016 über eine statistische Anordnung den Zeitplan für AnaCredit in Deutschland vorgezogen. Eine entsprechende Testphase für Stamm- und Kreditdaten startet im vierten Quartal 2017, erste Produktivmeldungen zu den AnaCredit-Stamm- und Kreditdaten sind ab dem Stichtag 31. März 2018 bei der Deutschen Bundesbank einzureichen. Für die erste Produktivmeldung der Kreditdaten gilt analog dem Zeitplan der EZB der Stichtag 30. September 2018. Die granularen Meldepflichten für Daten aus verschiedenen fachlichen Dimensionen und Systemen stellt Banken insbesondere hinsichtlich Datenverfügbarkeit und -qualität vor große Herausforderungen. Die SaarLB hat inzwischen entsprechende Umsetzungsmaßnahmen eingeleitet und ein AnaCredit-Projekt aufgesetzt.

Der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht überarbeitet unter dem Stichwort „**Basel IV**“ die Standardansätze für das Kredit- und Marktrisiko sowie für das operationelle Risiko. Die Konsultationen sind abgeschlossen, ein erster Entwurf wurde im November 2016 veröffentlicht. Der ursprüngliche Zeitplan zur Umsetzung in EU-Recht ab 2019 erscheint aber fraglich.

GESAMTAUSSAGE ZUM HALBJAHRESABSCHLUSS

Auf Basis der aufgezeigten wirtschaftlichen und geschäftlichen Entwicklung rechnet die **SaarLB** für das Gesamtjahr 2017 mit einem leicht über dem Niveau des Vorjahres liegenden Jahresüberschuss nach Steuern. Insofern gehen wir auch für das laufende Geschäftsjahr davon aus, eine Dividende in gleicher Höhe an unsere Anteilseigner zahlen zu können.

Begründet sind diese Erwartungen vor allem in einem leicht gestiegenen Zins- und Provisionsüberschuss, in – trotz erwartetem Mehraufwand im Rahmen des Strategie- und Strukturprojektes von ca. EUR 5,0 Mio. – nur moderat gestiegenen Verwaltungsaufwendungen sowie einem gegenüber dem Vorjahr nochmals deutlich verbesserten Bewertungsergebnis aufgrund der aktuell sehr positiven Risikolage der Bank.

Dem steht der deutlich erhöhte Steueraufwand aufgrund der ablehnenden Entscheidung der Finanzbehörde bezüglich der Repatriierung des Verlustvortrages der ehemaligen Niederlassung in Luxemburg gegenüber.

Demzufolge gehen wir davon aus, dass wir keine Zuführungen in gleicher Höhe wie im Geschäftsjahr 2016 zu den § 340f- und § 340g-Reserven vornehmen können.

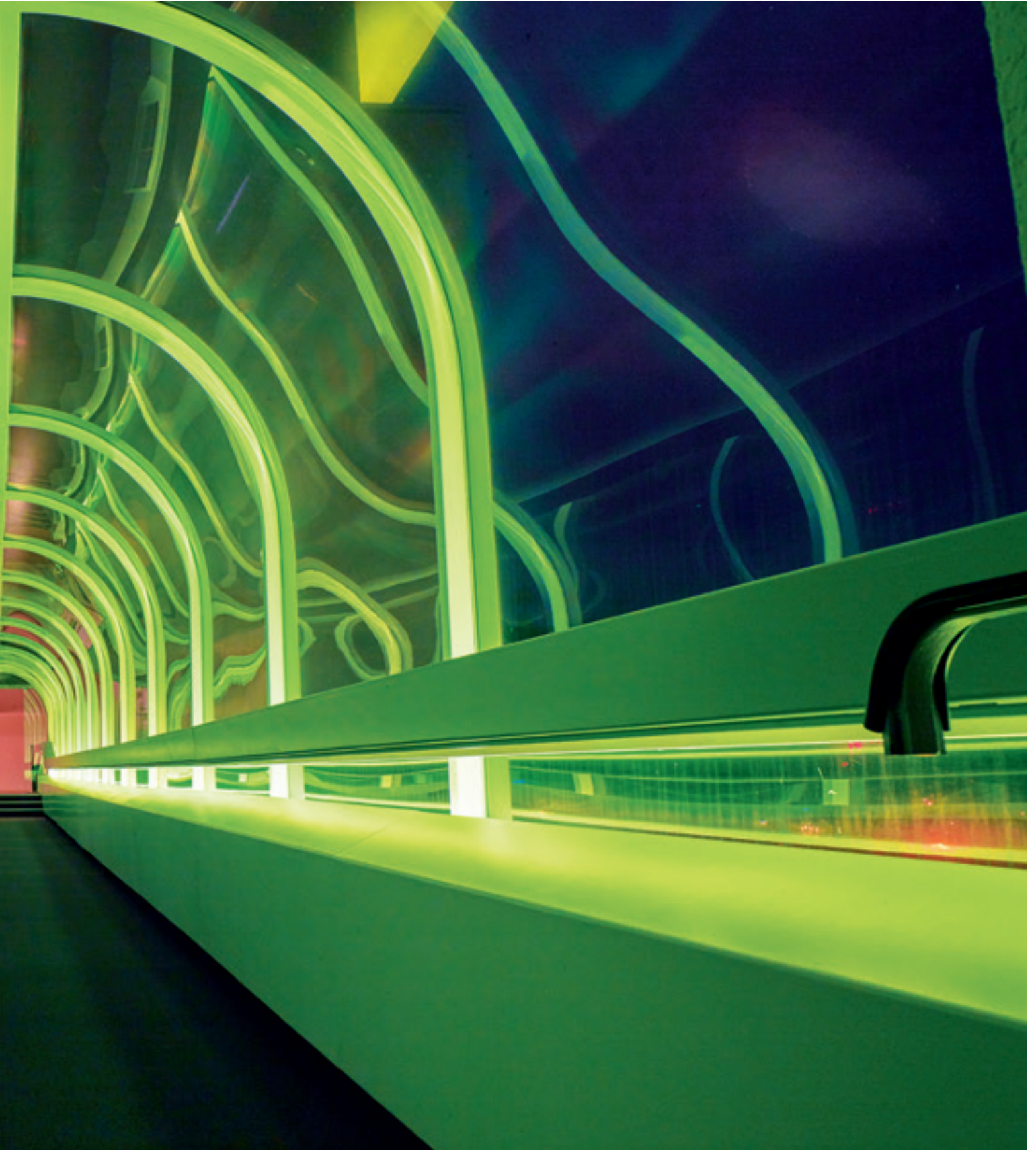
Der Return on Equity (vor Steuern) wird aufgrund der oben dargestellten Erwartungen voraussichtlich unter dem aktuell hohen Niveau des Halbjahresabschlusses bleiben. Gleiches gilt für die Cost Income Ratio, die sich zum Jahresende wieder leicht verschlechtern dürfte.

Bei der RWA-Rentabilität erwarten wir zum Jahresende 2017 ein gegenüber 2016 etwa gleichbleibendes Niveau.

Saarbrücken, 8. August 2017

Halbjahresabschluss der SaarLB





Verkürzte Bilanz zum 30.06.2017 der Landesbank Saar

Aktivseite

	30.06.2017			31.12.2016
	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		1.565.614,29		1.537
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken		254.689.768,43		59.279
darunter:				
bei der Deutschen Bundesbank	EUR	254.689.768,43		(59.279)
c) Guthaben bei Postgiroämtern		0,00	256.255.382,72	0
				60.816
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		0,00		0
darunter:				
bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	EUR	0,00		(0)
b) Wechsel		0,00	0,00	0
				0
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		639.514.103,94		688.137
b) andere Forderungen		868.394.887,64	1.507.908.991,58	913.417
darunter:				1.601.554
Hypothekendarlehen	EUR	0,00		0
Kommunalkredite	EUR	2.208.923,51		(4.400)
Baudarlehen der Bausparkasse:				
Bauspardarlehen	EUR	0,00		(0)
Vor- und Zwischenfinanzierungskredite	EUR	0,00		(0)
sonstige Baudarlehen	EUR	0,00		(0)
4. Forderungen an Kunden			9.934.802.329,30	9.418.905
darunter:				
Hypothekendarlehen	EUR	1.473.237.029,01		(1.473.237)
Kommunalkredite	EUR	2.099.567.529,64		(2.099.568)
gegen Beleihung von Wertpapieren	EUR	0,00		(0)
Baudarlehen der Bausparkasse:				
Bauspardarlehen	EUR	24.742.053,77		(25.180)
Vor- und Zwischenfinanzierungskredite	EUR	526.988.952,11		(531.782)
sonstige Baudarlehen	EUR	273.891.756,88		(254.104)
			Übertrag:	11.698.966.703,60
				11.081.275

Aktivseite

			30.06.2017		31.12.2016
	EUR		EUR	EUR	TEUR
			Übertrag:	11.698.966.703,60	11.081.275
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten			0		0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	EUR	0,00			(0)
ab) von anderen Emittenten			0,00	0,00	0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	EUR	0,00			0 (0)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten			360.782.349,06		360.522
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	EUR	360.782.349,06			(360.522)
bb) von anderen Emittenten			1.200.568.777,16	1.561.351.126,22	1.359.405
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	EUR	990.902.537,72			1.719.927 (1.112.772)
c) eigene Schuldverschreibungen				3.646.690,40	1.564.997.816,62
Nennbetrag	EUR	3.700.018,00			7.648 1.727.575 (7.700)
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				384.491.156,35	379.067
6a. Handelsbestand				0,00	0
7. Beteiligungen				16.178.091,99	17.333
8. Anteile an verbundenen Unternehmen				350.000,00	350
9. Treuhandvermögen				2.283.313,24	2.826
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch				0,00	0
			Übertrag:	13.667.267.081,80	13.208.426

Passivseite

	30.06.2017			31.12.2016
	EUR	EUR	EUR	TEUR
		Übertrag:	8.825.165.072,08	8.556.101
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen		3.814.543.585,24		3.631.878
darunter:				
Hypothekendarlehen	EUR 373.677.338,38			(348.261)
öffentliche Pfandbriefe	EUR 717.316.571,90			(571.541)
sonstige Schuldverschreibungen	EUR 2.723.549.674,96			(2.712.077)
b) andere verbrieft Verbindlichkeiten		0	3.814.543.585,24	0
				3.631.878
3a. Handelsbestand			0,00	0
4. Treuhandverbindlichkeiten			2.283.313,24	2.826
5. Sonstige Verbindlichkeiten			22.065.849,49	29.102
6. Rechnungsabgrenzungsposten			34.604.201,32	37.617
darunter:				
aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	EUR 10.193.092,69			(10.508)
andere	EUR 24.411.108,63			(27.110)
6a. Passive latente Steuern			0,00	0
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		29.590.030,50		28.652
b) Steuerrückstellungen		17.445.633,44		18.389
c) andere Rückstellungen		15.449.452,62	62.485.116,56	17.583
				64.624
7a. Fonds zur baupartechnischen Absicherung			21.000,00	21
		Übertrag:	12.761.168.137,93	12.322.169

Aktivseite

	30.06.2017			31.12.2016
	EUR	EUR	EUR	TEUR
		Übertrag:	13.667.267.081,80	13.208.426
11. Immaterielle Anlagewerte				
a) selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		0,00		0
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		969.265,55		1.030
c) Geschäfts- oder Firmenwert		0,00		0
d) geleistete Anzahlungen		2.901.353,36	3.870.618,91	2.875
				3.905
12. Sachanlagen			3.161.301,53	3.399
13. Sonstige Vermögensgegenstände			8.573.312,50	26.135
14. Rechnungsabgrenzungsposten			27.199.121,82	30.800
darunter:				
aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	EUR 11.633.873,84			(12.507)
andere	EUR 15.565.247,98			(18.293)
15. Aktive latente Steuern			13.806.972,93	17.107
Summe der Aktiva			13.723.878.409,49	13.289.772

Passivseite

	30.06.2017			31.12.2016
	EUR	EUR	EUR	TEUR
		Übertrag:	12.761.168.137,93	12.322.169
8. Nachrangige Verbindlichkeiten			25.500.000,00	25.500
9. Genusrechtskapital			0,00	0
10. Fonds für allgemeine Bankrisiken			219.699.856,84	219.700
darunter:				
Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	EUR	385.000,00		(385)
11. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital				
aa) Stammkapital	250.119.407,03			250.119
ab) stille Einlagen	233.053.302,18	483.172.709,21		243.053
				493.173
b) Kapitalrücklage		69.084.905,58		69.085
c) Gewinnrücklagen				
ca) satzungsmäßige Rücklagen	63.744.581,76			63.745
cb) andere Gewinnrücklagen	87.208.829,49	150.953.411,25		87.011
				150.756
d) Bilanzgewinn		14.299.388,68	717.510.414,72	9.389
				722.403
Summe der Passiva			13.723.878.409,49	13.289.772

1. Eventualverbindlichkeiten

a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		0,00		0
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		403.821.969,51		410.137
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		0,00	403.821.969,51	0
				410.137

2. Andere Verpflichtungen

a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		0,00		0
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		0,00		0
c) unwiderrufliche Kreditzusagen		1.055.143.890,84	1.055.143.890,84	937.242
				937.242

Verkürzte Gewinn- und Verlustrechnung der Landesbank Saar für die Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 2017

	30.06.2017			30.06.2016
	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	123.290.056,62			122.608
darunter:				
Zinserträge der Bausparkasse				
aus Bauspardarlehen	EUR 581.325,41			(728)
aus Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten	EUR 7.983.568,48			(7.803)
aus sonstigen Baudarlehen	EUR 3.494.687,95			(3.339)
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	11.850.684,33	135.140.740,95		14.799
				137.407
2. Negative Zinsen aus Geldanlagen				
a) Negative Zinsen aus Kredit- und Geldmarktgeschäften	-1.986.805,83			-3.514
b) Negative Zinsen aus festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	0,00	-1.986.805,83	133.153.935,12	0
				133.893
3. Zinsaufwendungen				
Zinsaufwendungen aus dem Bankgeschäft		84.692.067,54		92.115
4. Positive Zinsen aus Geldaufnahmen				
Positive Zinsen aus dem Bankgeschäft (Geldaufnahmen)		2.958.147,98	81.733.919,56	2.166
			51.420.015,56	89.949
5. Laufende Erträge aus				43.944
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		2.818.948,59		4.411
b) Beteiligungen		47.498,86		1.669
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		0,00	2.866.447,45	0
				6.080
6. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			0,00	0
		Übertrag:	54.286.463,01	50.024

	30.06.2017			30.06.2016
	EUR	EUR	EUR	TEUR
		Übertrag:	54.286.463,01	50.024
7. Provisionserträge		15.364.404,06		11.432
darunter:				
Provisionserträge der Bausparkasse				
aus Vertragsabschluss und -vermittlung	EUR	4.462.464,94		(2.914)
aus der Darlehensregelung nach der Zuteilung	EUR	0,00		(0)
aus Bereitstellung und Bearbeitung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten	EUR	0,00		(0)
8. Provisionsaufwendungen		7.789.123,28	7.575.280,78	6.889
darunter:				4.543
für Vertragsabschluss und -vermittlung der Bausparkasse	EUR	5.103.814,37		(3.998)
9. Nettoertrag des Handelsbestandes			301.576,73	352
10. Sonstige betriebliche Erträge			1.681.049,78	1.906
11. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter		16.747.068,81		17.939
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		4.564.345,01	21.311.413,82	4.535
darunter:				22.474
für Altersversorgung	EUR	1.471.927,25		(1.415)
b) andere Verwaltungsaufwendungen			24.079.744,40	21.799
				44.273
12. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			865.062,57	798
13. Sonstige betriebliche Aufwendungen			2.038.057,18	1.052
14. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			0,00	5.057
15. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie Auflösungen von Rückstellungen im Kreditgeschäft			29.456.582,64	0
16. Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken		0,00		0
17. Erträge aus der Auflösung des Fonds für allgemeine Bankrisiken		0,00	0,00	0
				0
		Übertrag:	45.006.674,97	5.645

	30.06.2017			30.06.2016
	EUR	EUR	EUR	TEUR
		Übertrag:	45.006.674,97	5.645
18. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		400,41		5.070
19. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		7.188.982,45	7.188.582,04	2.328
				-2.742
20. Aufwendungen aus Verlustübernahme			29.492,17	20
21. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			52.165.764,84	2.883
22. Außerordentliche Erträge		0,00		0
23. Außerordentliche Aufwendungen		172.429,50		172
24. Außerordentliches Ergebnis			-172.429,50	-172
25. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		37.671.179,42		703
darunter:				
Latente Steuern	EUR	-3.300.000,00		(-636)
26. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 13 ausgewiesen		22.767,24	37.693.946,66	23
				726
27. Jahresüberschuss			14.299.388,68	1.985
28. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in satzungsmäßige Rücklagen		0,00		0
b) in andere Gewinnrücklagen		0,00	0,00	0
				0
29. Bilanzgewinn			14.299.388,68	1.985

VERKÜRZTER ANHANG

Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

(1) GRUNDLAGEN

Zum Stichtag 30. Juni 2017 besteht für die Landesbank Saar, Saarbrücken (SaarLB), nach § 37w WpHG die Pflicht, einen Halbjahresabschluss zu erstellen und zu veröffentlichen.

In 2016 ist die Pflicht zur Aufstellung eines Konzernabschlusses gemäß § 290 Abs. 5 HGB entfallen, da nur Tochterunternehmen vorhanden sind, die nach § 296 HGB nicht in einen Konzernabschluss einbezogen werden brauchen. Seit 31. Dezember 2016 wird daher kein Konzernabschluss bzw. Halbjahresfinanzbericht nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) mehr aufgestellt.

Der Halbjahresfinanzbericht der SaarLB zum 30. Juni 2017 wurde nach den Vorschriften des HGB, der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) sowie nach den Vorschriften des Pfandbriefgesetzes aufgestellt. Er umfasst eine verkürzte Bilanz und verkürzte Gewinn- und Verlustrechnung auf Grundlage des Formblatts 1 bzw. des Formblatts 3 gemäß § 2 Abs. 1 RechKredV sowie ausgewählte erläuternde Angaben im Rahmen des verkürzten Anhangs.

Auf eine Ergänzung des Abschlusses um eine verkürzte Kapitalflussrechnung und einen verkürzten Eigenkapitalpiegel für den Berichtszeitraum und den entsprechenden Zeitraum des vorangegangenen Geschäftsjahres wurde in Einklang mit § 37w Abs. 3 WpHG und dem Deutschen Rechnungslegungsstandard Nr. 16 (DRS 16) verzichtet.

Die Betragsangaben der Vergleichsperiode beziehen sich bei Bilanzposten auf den Stichtag 31. Dezember 2016 und bei den Posten der Gewinn- und Verlustrechnungen auf den Zeitraum vom 1. Januar 2016 bis 30. Juni 2016. Ergänzend weisen wir darauf hin, dass die Vorjahreswerte der Posten der Gewinn- und Verlustrechnung nicht mit den Werten unseres Halbjahresfinanzberichts zum 30. Juni 2016 vergleichbar sind, da dieser für den SaarLB-Konzern gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Juli 2002 betreffend die Anwendung internationaler Rechnungslegungsstandards und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellt wurde.

Hinsichtlich der Ereignisse und Sachverhalte der aktuellen Zwischenberichtsperiode, die für das Verständnis der wesentlichen Änderungen der Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung gegenüber den dargestellten Vergleichszahlen relevant sind, wird zusätzlich zu den Angaben im verkürzten Anhang auch auf die Ausführungen in den Kapiteln Ertragslage, Finanzlage sowie Vermögenslage innerhalb des Zwischenlageberichts verwiesen.

(2) BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Für die Aufstellung des verkürzten Zwischenabschlusses zum 30. Juni 2017 wurden, soweit im Folgenden nicht anders dargestellt, die gleichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wie für die Aufstellung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2016 angewandt.

Der Ertragsteueraufwand wird auf der Grundlage der bestmöglichen Schätzung des gewichteten durchschnittlichen Ertragsteuersatzes, der für das Geschäftsjahr erwartet wird, erfasst. Bei der Schätzung werden der geplante Jahresüberschuss vor Steuern zum 31.12.2017 und der voraussichtliche Steueraufwand für das Gesamtjahr 2017 zugrunde gelegt. Dieser Steuersatz (39,25 %; Vorjahr 24 %) wird auf das Vorsteuerergebnis des Halbjahresabschlusses angewendet. Der Anstieg des Steuersatzes ist auf eine steuerfreie Beteiligungsveräußerung im Vorjahr zurückzuführen.

Eine weitere Ausnahme stellt die Ermittlung der Pensionsrückstellungen dar, die im Halbjahresabschluss auf der Basis von Vorschauwerten zum 31.12.2017 ermittelt werden.

Die SaarLB setzt aktive und passive latente Steuern unter Anwendung des § 274 HGB an, wobei der Überhang der aktiven latenten Steuern saldiert ausgewiesen wird. Bei der Ermittlung der latenten Steuern zum 30. Juni 2017 wurde ein Steuersatz von 32,975 % (31.12.2016: 32,975 %) zugrunde gelegt.

Angaben zur Bilanz



(3) AKTIVA

Nr.	Bilanzpositionen	30.06.2017 TEUR	31.12.2016 TEUR
Pos. 3	Forderungen an Kreditinstitute		
	Forderungen an verbundene Unternehmen	-	-
	Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	2.209	4.190
	Nachrangige Forderungen	0	10.000
	Forderungen an angeschlossene Sparkassen	261.004	344.154
	Zur Deckung begebener Schuldverschreibungen bestimmte Forderungen	6.900	19.589
Pos. 4	Forderungen an Kunden		
	Forderungen an verbundene Unternehmen	125	-
	Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	13.288	13.719
	Zur Deckung begebener Schuldverschreibungen bestimmte Forderungen	3.397.525	2.802.226
Pos. 5	Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
	a) Geldmarktpapiere		
	ab) von anderen Emittenten		
	börsenfähig, nicht börsennotiert	-	-
	b) Anleihen und Schuldverschreibungen		
	ba) von öffentlichen Emittenten		
	börsenfähig und börsennotiert	360.782	360.522
	bb) von anderen Emittenten		
	börsenfähig und börsennotiert	1.200.569	1.359.405
	börsenfähig, nicht börsennotiert	-	-
	nachrangige Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	10.000	10.000
	c) Eigene Schuldverschreibungen		
	börsenfähig und börsennotiert	3.647	7.649
	verbriefte Forderungen an verbundene Unternehmen	-	-
	verbriefte Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	-	-
Pos. 6	Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		
	börsenfähig, nicht börsennotiert	-	-

(4) PASSIVA

Nr.	Bilanzpositionen	30.06.2017 TEUR	31.12.2016 TEUR
Pos. 1	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	-	-
	Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	101.773	108.146
	Verbindlichkeiten gegenüber angeschlossenen Sparkassen	107.995	89.381
Pos. 2	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	2.495	2.494
	Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	7.308	8.364
Pos. 3	Verbriefte Verbindlichkeiten		
	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	-	-
	Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	-	-

(5) ANGABEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Die negativen Zinsen aus dem Geldmarktgeschäft resultieren aus den über das Mindestreservesoll des Instituts hinausgehenden Reserveguthaben bei der EZB. Die positiven Zinsen aus dem Bankgeschäft resultieren aus Termingeldanlagen sowie längerfristigen Verbindlichkeiten gegenüber Kunden. Die negativen Zinsen inkl. Vorjahreszahlen und die positiven Zinsen inkl. Vorjahreszahlen werden als eigene Position in der GuV aufgeführt.

Im Geschäftsjahr wurde aufgrund neuerer Erkenntnisse die Abschlussgebühr für Riester-Bausparverträge entsprechend ihrer Entstehung in vollem Umfang realisierbar und damit die bisherige Systematik geändert. Dies führte zu einem einmaligen Ertrag von T€ 1.480.

Zum 31. Dezember 2016 hatte die SaarLB Steuerforderungen in Höhe von T€ 17.282 gegen das Finanzamt aktiviert. Die Steuerforderungen betrafen den Anspruch gegen das Finanzamt auf Verrechnung von im Rahmen der Schließung der Luxemburger Niederlassung der SaarLB in 2011 repatriierten steuerlichen Verlustvorträgen. Die Anerkennung der steuerlichen Verlustvorträge wurde durch das Finanzamt mit Einspruchsentscheidung vom 2. Mai 2017 abgelehnt. Die strittigen Steuerforderungen wurden durch die SaarLB zum 30.06.2017 entsprechend ausgebucht. Gegen die Einspruchsentscheidung hat die SaarLB am 1. Juni 2017 Klage beim Finanzgericht des Saarlandes eingereicht.

Weitere Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung werden im Zwischenlagebericht vorgenommen.

Sonstige Angaben

(6) GEWINNVERWENDUNG

Der Jahresüberschuss zum 30.06.2017 beträgt EUR 14.299.388,68.

Eine Gewinnverwendung darf zum 30.06.2017 nicht erfolgen.

Besteht auch zum 31.12.2017 ein Jahresüberschuss, darf dieser aufgrund satzungsrechtlicher Regelungen nicht in voller Höhe ausgeschüttet werden.

(7) ANGABEN NACH § 28 PFANDBG

Die nach § 28 PfandBG vierteljährlich offenzulegenden Angaben sind auf unserer Homepage www.saarlb.de veröffentlicht.

(8) NACHTRAGSBERICHT

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Berichtszeitraumes haben sich nicht ereignet.

(9) ZAHL DER BESCHÄFTIGTEN

	30.06.2017	31.12.2016
Durchschnittlicher Bestand an aktiven Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern	544	560

(10) VERWALTUNGSORGANE DER SAARLB

Verwaltungsrat

Jan-Christian Dreesen

Stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes,
FC Bayern München AG, München,
Vorsitzender

Stefan Crohn

Ministerium der Finanzen
des Landes Rheinland-Pfalz, Mainz
(ab 26.01.2017)

Klaus Meiser

Landtagspräsident
des Saarlandes,
Saarbrücken

Anke Rehlinger

Ministerin, Ministerium für Wirtschaft,
Arbeit, Energie und Verkehr, Saarbrücken

Daniela Schlegel-Friedrich

Landrätin,
Landkreis Merzig-Wadern, Merzig

Stephan Toscani

Minister, Ministerium für Finanzen und
Europa, Saarbrücken

Cornelia Hoffmann-Bethscheider

Präsidentin,
Sparkassenverband Saar, Saarbrücken,
Stellvertretende Vorsitzende

Thomas Klein

Bankangestellter
Landesbank Saar,
Saarbrücken

Fred Metzken

Sprecher des Vorstandes,
AG der Dillinger Hüttenwerke und
Saarstahl AG, Dillingen

Thomas Roß

Bankangestellter,
Landesbank Saar, Saarbrücken

Ralph Singer

Bankangestellter, Landesbank Saar,
Saarbrücken

Luzia Welter

Bankangestellte, Landesbank Saar,
Saarbrücken

Beauftragter der Aufsichtsbehörde:

Dominik Becker

Regierungsobererrat,
Ministerium für Wirtschaft, Arbeit,
Energie und Verkehr, Saarbrücken

Die Angabe in Klammer bezieht sich ausschließlich auf die Tätigkeit im Verwaltungsrat der SaarLB.

Vorstand

Werner Severin

Vorsitzender des Vorstandes

Gunar Feth

Stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes

Frank Eloy

Mitglied des Vorstandes

Dr. Matthias Böcker

Mitglied des Vorstandes

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen für die Halbjahresfinanzberichterstattung der Halbjahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bank vermittelt und im Zwischenlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Bank so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Bank im verbleibenden Geschäftsjahr beschrieben sind.

Saarbrücken, 8. August 2017

Landesbank Saar
Der Vorstand

Werner Severin

Gunar Feth

Frank Eloy

Dr. Matthias Böcker

Bescheinigung nach prüferischer Durchsicht

An die Landesbank Saar, Saarbrücken:

Wir haben den verkürzten Zwischenabschluss – bestehend aus verkürzter Bilanz, verkürzter Gewinn- und Verlustrechnung sowie verkürztem Anhang – und den Zwischenlagebericht der Landesbank Saar, Saarbrücken, für den Zeitraum vom 1. Januar bis 30. Juni 2017, die Bestandteile des Halbjahresfinanzberichts nach § 37w WpHG sind, einer prüferischen Durchsicht unterzogen. Die Aufstellung des verkürzten Zwischenabschlusses nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und des Zwischenlageberichts nach den für Zwischenlageberichte anwendbaren Vorschriften des WpHG liegt in der Verantwortung des Vorstands der Bank. Unsere Aufgabe ist es, eine Bescheinigung zu dem verkürzten Zwischenabschluss und dem Zwischenlagebericht auf der Grundlage unserer prüferischen Durchsicht abzugeben.

Wir haben die prüferische Durchsicht des verkürzten Zwischenabschlusses und des Zwischenlageberichts unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze für die prüferische Durchsicht von Abschlüssen vorgenommen. Danach ist die prüferische Durchsicht so zu planen und durchzuführen, dass wir bei kritischer Würdigung mit einer gewissen Sicherheit ausschließen können, dass der verkürzte Zwischenabschluss in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und der Zwischenlagebericht in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den für Zwischenlageberichte anwendbaren Vorschriften des WpHG aufgestellt worden sind. Eine prüferische Durchsicht beschränkt sich in erster Linie auf Befragungen von Mitarbeitern der Gesellschaft und auf analytische Beurteilungen und bietet deshalb nicht die durch eine Abschlussprüfung erreichbare Sicherheit. Da wir auftragsgemäß keine Abschlussprüfung vorgenommen haben, können wir einen Bestätigungsvermerk nicht erteilen.

Auf der Grundlage unserer prüferischen Durchsicht sind uns keine Sachverhalte bekannt geworden, die uns zu der Annahme veranlassen, dass der verkürzte Zwischenabschluss in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften oder dass der Zwischenlagebericht in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den für Zwischenlageberichte anwendbaren Vorschriften des WpHG aufgestellt worden sind.

Stuttgart, den 8. August 2017

PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Jürgen Breisch
Wirtschaftsprüfer

ppa. Thomas Apitzsch
Wirtschaftsprüfer

Abkürzungsverzeichnis

BayernLB	Bayerische Landesbank, München
BilMoG	Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz
BIP	Bruttoinlandsprodukt
bzw.	beziehungsweise
CIR	Cost Income Ratio
CRD	Capital Requirements Directive
CRR	Capital Requirements Regulation
DAX	Deutscher Aktienindex
DSGV	Deutscher Sparkassen- und Giroverband e. V.
EBA	European Banking Authority
EE	Erneuerbare Energien
EK	Eigenkapital
EU	Europäische Union
EUR	Euro
EZB	Europäische Zentralbank
FK	Fremdkapital
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GuV	Gewinn- und Verlustrechnung
HGB	Handelsgesetzbuch
HoRe	Hochrechnung
ICAAP	Internal Capital Adequacy Assessment Process
i. d. R.	in der Regel
i. e. S.	im engeren Sinne
i. V. m.	in Verbindung mit
i. H. v.	in Höhe von

IFRS	International Financial Reporting Standards
IKS	Internes Kontrollsystem
IRBA	Internal Ratings Based Approach
IT	Informationstechnologie
KWG	Kreditwesengesetz
LBS	Landesbausparkasse Saar, Saarbrücken
MaRisk	Mindestanforderungen an das Risikomanagement
MaH	Mindestanforderungen an das Betreiben von Handelsgeschäften
Mio.	Millionen
Mrd.	Milliarden
OE	Organisationseinheit
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OpRisk	Operationelles Risiko
PPP	Public Private Partnership
rd.	rund
RoE	Return on Equity
RWA	Risk-Weighted Assets
SaarLB	Landesbank Saar, Saarbrücken
SNB	Schweizerische Nationalbank
SolvV	Solvabilitätsverordnung
u. a.	unter anderem
US-GAAP	United States Generally Accepted Accounting Principles
v. a.	vor allem
VaR	Value at Risk
YtD	Year to Date

Impressum

Herausgeber	Landesbank Saar Ursulinenstraße 2 66111 Saarbrücken
Redaktion	Kommunikation und Vorstandsstab E-Mail: service@saarlb.de
Gestaltung	FBO – Agentur für Marketing und Neue Medien Heinrich-Barth-Straße 27 66115 Saarbrücken
Fotos	www.bildtankstelle.de – Oliver Elm, @istockphoto.com/shironosov , @istockphoto.com/Mshake , Markus Lutz, Manuela Meyer
Druck	O/D Ottweiler Druckerei und Verlag GmbH Johannes-Gutenberg-Straße 14 66564 Ottweiler

Être proche
POUR VOIR PLUS LOIN

saar^{LB}

ADRESSE

Landesbank Saar
Ursulinenstraße 2
66111 Saarbrücken
66104 Saarbrücken
+49 681 383-01
+49 681 383-1200
www.saarlb.de
service@saarlb.de
SALADE55
590 500 00

POSTFACHADRESSE

FON

FAX

INTERNET

E-MAIL

BIC/SWIFT

BANKLEITZAHL

SaarLB France, Niederlassung der Landesbank Saar

ADRESSE

Résidence Le Premium
17 - 19, rue du Fossé des Treize
67000 Strasbourg
Frankreich
+33 3 88 37 58 70
+33 3 88 36 93 78
service@saarlb.fr

FON

FAX

E-MAIL

SaarLB France, Centre d'affaires Financement Immobilier

ADRESSE

203, rue du Faubourg
Saint Honoré
75008 Paris
Frankreich
+33 1 45 63 63 52
+33 1 45 63 71 22
service@saarlb.fr

FON

FAX

E-MAIL



ADRESSE

LBS Landesbausparkasse Saar
Beethovenstraße 35 – 39
66111 Saarbrücken
Postfach 10 19 62
66019 Saarbrücken
+49 681 383-290
+49 681 383-2100
www.lbs-saar.de
service@lbs-saar.de

POSTFACHADRESSE

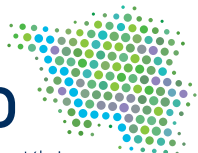
FON

FAX

INTERNET

E-MAIL

SAARLAND



Großes entsteht immer im Kleinen.